

Die Bundespräsidenten der Bundesrepublik

- 1. Theodor Heuss 1949 – 1959**
- 2. Heinrich Lübke 1959 – 1969**
- 3. Gustav Heinemann 1969 – 1974**
- 4. Walter Scheel 1974 – 1979**
- 5. Karl Carstens 1979 – 1984**
- 6. Richard von Weizsäcker 1984 – 1994**
- 7. Roman Herzog 1994 – 1999**
- 8. Johannes Rau 1999 – 2004**
- 9. Horst Köhler 2004 – 2010**
- 10. Christian Wulff 2010 – 2012**
- 11. Joachim Gauck 2012 – 2017**
- 12. Frank-Walter Steinmeier seit 2017 (bis 2027)**

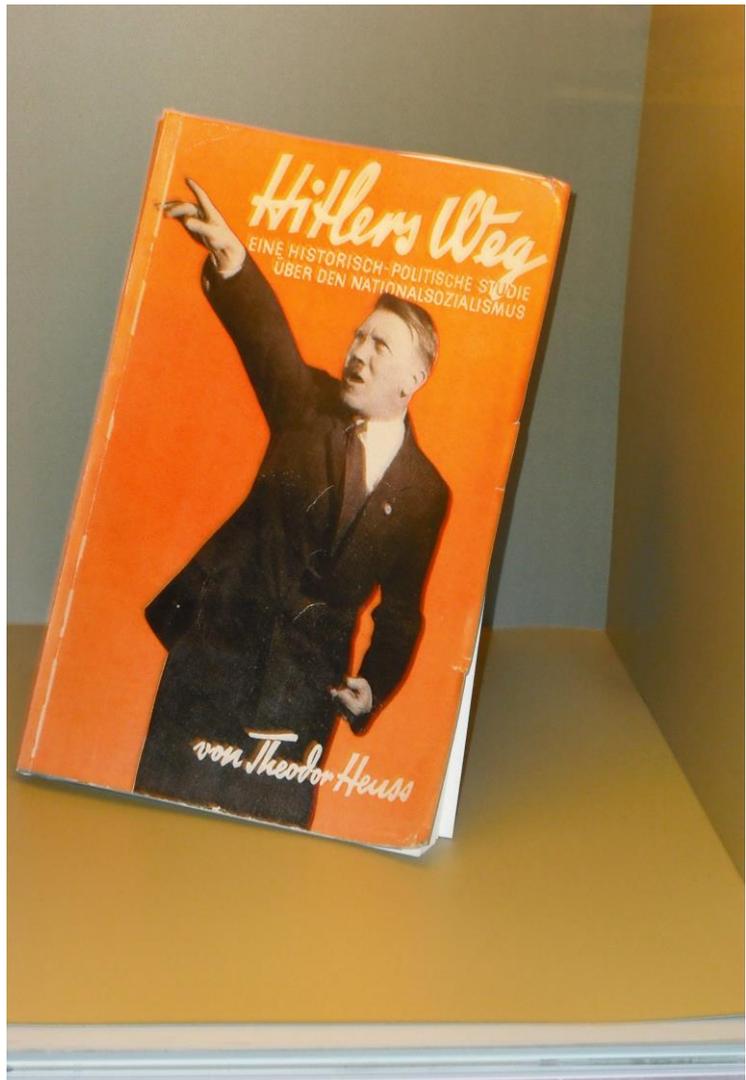
Die deutschen Bundespräsidenten: Theodor Heuss Präsident 1949 - 1959

Theodor Heuss (1884 - 1963)

Theodor Heuss wurde 1884 in Brackenheim in Württemberg geboren, wo sein Vater Regierungsbaumeister war. 1900 zog die Familie nach Heilbronn um, wo der Vater eine neue Stelle als Leiter des Tiefbauamtes übernahm. Dort besuchte er die Volksschule und dann das traditionelle Karls-gymnasium (heute Theodor-Heuss-Gymnasium), wo er 1902 das Abitur machte. In München und Berlin studierte er Nationalökonomie, Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Staatswissenschaften. Er konzentrierte sich immer stärker auf Nationalökonomie und schloss 1905 mit einer Dissertation über den Weinbau in Heilbronn ab. Zum Ende seines Studiums geriet er in den Förderkreis von Friedrich Naumann, der eine neue liberale Bewegung gründen wollte, die die Bismarckmonarchie durch ein Bündnis mit der Arbeiterbewegung modernisieren und demokratisieren wollte. Durch Naumann kam er auch in Verbindung mit dem großen Nationalökonom Knapp in Straßburg und seiner Tochter Elly, die er 1908 heiratete. Elly war sehr an der Frauenfrage interessiert, auch an der Bildung der Frauen und ihrer möglichen Berufstätigkeit. Das Ehepaar lebte in Heilbronn, Heuss war Journalist und Herausgeber verschiedener Zeitungen. Politisch gehörte er zur Freisinnigen Volkspartei. 1907 bis 1912 war Naumann nicht ohne Zutun von Heuss Reichstagsabgeordneter für Heilbronn.

Wegen einer Schulterverletzung war Heuss nicht wehrdienstfähig. 1918, am Ende des Weltkriegs, zog die Familie

nach Berlin. Dort erlebte er den Sturz der Monarchie. Heuss war Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei, Befürworter der Weimarer Verfassung. Er war weiterhin als Journalist und als Herausgeber tätig, sehr engagiert mit Vorträgen über die neue politische Ordnung, und von 1920 bis 1933 war er Dozent und später auch Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik. Auch war er 1924-1928 und 1930-1933 Reichstagsabgeordneter der DDP. Heuss war also in der Weimarer Zeit eine sehr politische Existenz. 1932 veröffentlichte er eine kritische Auseinandersetzung mit dem aufstrebenden Hitler. 1933 stimmten alle bürgerlichen Parteien für das Ermächtigungsgesetz, auch Theodor Heuss, weil die Mehrheit der Fraktion es wollte. Er verlor sehr bald alle seine Betätigungsfelder und Einkünfte, die Familie überlebte in einer Dachwohnung in Heidelberg und lebte von den Einnahmen von Frau Elly Heuss-Knapp, die erfolgreich moderne Werbung konzipierte, auch für das Radio. Heuss arbeitete für sich an Biographien, so über Friedrich Naumann oder über den Architekten Hans Poelzig.





Nach 1945

Die amerikanische Siegermacht hatte Heuss auf einer Liste für Unbelastete, und er erhielt die Lizenz für die Rhein-Neckar-Zeitung, die ab Sommer 1945 erschien. Gleichzeitig bemühte sich Heuss um die Neugründung einer liberalen Partei, der Deutschen Volkspartei. Die DVP war in Württemberg populär, sie hieß dort noch lange FDP/DVP. Heuss wurde von den Amerikanern schon im September 1945 zum Kultminister des neuen Landes Württemberg-Baden ernannt. Die Familie zog nach Stuttgart um. Neben seinem Ministerium bemühte sich Heuss um den demokratischen Wiederaufbau, saß für die DVP in der verfassungsgebenden Landesversammlung und dann ebenso wie seine Frau bis 1949 im Landtag des neuen Landes. Seit 1948 war er ein Vertreter der DVP/FDP im Parlamentarischen Rat und einer der Sprecher der FDP bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes.

Konrad Adenauer, der Vertreter der neuen CDU, wollte keine Koalition mit der SPD, sondern eine bürgerliche. Er verhandelte deshalb mit der FDP, und er bot der FDP an, Theodor Heuss zum Bundespräsidenten zu machen. So wurde Heuss im September 1949 von der Bundesversammlung zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

Bundespräsident 1949 – 1959

Anders als in der Weimarer Verfassung sollte der Bundespräsident nur Staatsoberhaupt sein, kein politisches Gewicht haben. Auch achtete der erste Bundeskanzler sehr genau darauf, dass sich der Präsident in die politische Führung nicht einmischte. Das hätte zu größeren Konflikten führen können. Aber Heuss sah seine Aufgabe in der Stärkung der demokratischen Ordnung, in der vielfältigen Tradition, die nicht notwendig zum Nationalsozialismus hätte führen müssen. Er erinnerte immer wieder an die Revolution 1848/49, an die Paulskirche, er ehrte die Widerstandskämpfer des 20. Juli und sprach sie vom Vorwurf der Landesverräter frei. Mit seiner umfassenden humanistischen Bildung zeigte er immer wieder die große Breite, Tiefe und Schönheit der deutschen Geistesgeschichte. Seine Reden bezogen sich nie auf aktuelle Tagespolitik, sie waren konkret unpolitisch, aber es ging ihm immer darum, eine andere deutsche Tradition zu zeigen als die schreckliche nationalsozialistische. Mit dieser Haltung erwarb er auch mit den ersten Auslandsbesuchen nach 1955 in Länder, die unter Krieg und Nationalsozialismus extrem gelitten hatten, wie Griechenland, Italien und England, Achtung für das neue Deutschland.

Amtssitz des Bundespräsidenten in Bonn war die Villa Hammerschmidt, dort wohnte auch der Präsident mit seiner Frau Elly Heuss-Knapp. Sie war schon damals ziemlich krank, aber sie suchte sich als eigene Aufgabe den Aufbau des Müttergenesungswerks, eine nach den schweren Kriegsjahren besonders wichtige soziale Aufgabe. Elly Heuss-Knapp starb im Juli 1952. Für Theodor Heuss war der Verlust einschneidend. Eine seiner schwereren Niederlagen war eine neue Nationalhymne von Rudolf Alexander Schröder, die aber beim Volk durchfiel. Gegen seine innere Überzeugung schlug er dann die dritte Strophe des Deutschlandlieds vor, das seiner Ansicht nach durch den Missbrauch im Dritten Reich entwertet worden war. Im Volk wurde er Papa Heuss genannt, was ihm gar nicht gefiel. Er war kein politischer Präsident, aber er war eine Autorität, der anerkannte Repräsentant eines Deutschland, das sich aus seiner jüngsten Vergangenheit lösen wollte. Nach fünf Jahren wurde er von der Bundesversammlung mit großer Mehrheit wiedergewählt. 1959 wollte Adenauer Präsident werden, aber gleichzeitig weiterregieren. Das führte zu einer harschen Kritik von Theodor Heuss.

Im September 1959 zog Heuss in sein neues Haus nach Stuttgart (heute Museum). Er machte noch einige Reisen, trat publizistisch nicht mehr in Erscheinung und starb am 12. Dezember 1963. Das Grab des Ehepaars ist auf dem Stuttgarter Waldfriedhof.

Die deutschen Bundespräsidenten: Heinrich Lübke Präsident 1959 - 1969

Heinrich Lübke (1894 - 1972)

Heinrich Lübke wurde 1894 als siebtes von acht Kindern einer kleinen Handwerkerfamilie mit Nebenerwerbslandwirtschaft in Enkhausen im Hochsauerland im östlichen Westfalen geboren. Das Milieu war eng katholisch und dörflich. In Erinnerung ist noch Lübkes Würdigung der ein-klassigen Zwergschule, der Voraussetzung dafür, dass er ab 1904 das Gymnasium Petrinum im nahegelegenen Brilon besuchen und 1913 mit dem Abitur abschließen konnte. Er begann in Bonn das Studium der Geodäsie, der Landwirtschaft und der Kulturtechniken, aber bei Kriegsbeginn wurde er eingezogen, zunächst als einfacher Soldat, 1917 als Leutnant und 1918 als Ordonnanz-offizier, zuletzt im Großen Hauptquartier in Spaa. Nach der Demilitarisierung nahm er das Studium wieder auf und schloss 1921 als Vermessungs- und Kulturingenieur ab. Von 1921 bis 1924 studierte er Nationalökonomie in München und Berlin. Gleichzeitig arbeitete er als Geschäfts-führer beim Bund der kleinständischen Bauernbetriebe und im Vorstand des Bundes für Boden-reform, und seit 1926 war er Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft. Lübke hatte sich also für eine verbandspolitische Karriere entschieden.

1930 heiratete er die 9 Jahre ältere Wilhelmine Keuthen. Ursprünglich zur Dorfschullehrerin ausge-bildet, studierte sie ab 1911 in Münster Mathematik, Germanistik und Philosophie, dazu für sich selber Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch und Russisch. Sie unterrichtete dann als Stu-dienrätin am Franziscus-Oberlyzeum in Berlin. Dort lernten sie sich kennen und heirateten in Berlin. Zur verbandspolitischen Arbeit Lübkes gehörten auch politische Verbindungen. Lübke war Mitglied in der katholischen Zentrumspar-tei, die in Preußen zusammen mit der SPD regierte, und 1932 wurde er für das Zentrum in den preußischen Landtag gewählt. Aber 1933 wurden die Länder gleichgeschaltet und die Landtage einfach aufgelöst. Auch die Verbände wurden gleichgeschaltet, und Lübke verlor seine verschiedenen Positionen. 1934 wurde er wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet und war zwanzig Monate in Untersuchungshaft. Aber an den Vorwürfen war wohl nichts dran, denn er wurde ohne Prozess aus der Haft entlassen. Lübke war zunächst arbeitslos und arbeitete im landwirtschaftlichen Betrieb seines Bruders mit. Ab 1937 war er leitender Mitarbeiter bei der Niedersächsischen Wohnbau- und Siedlungsgesellschaft in Berlin. Nebenher meldete er sich zu Reserveübungen beim Militär und wurde zum Oberleutnant der Reserve befördert, 1942 sogar zum Hauptmann. Seit 1939 arbeitete er als Vermessungsingenieur bei einem Ingenieurbüro, das ihn 1942 als Bauleiter in das Raketenforschungszentrum in Peenemünde schickte. Dort arbei-tete er unter anderem an Bauplänen für Baracken, die vielleicht nicht für Zwangsarbeiter bestimmt waren, aber auf jeden Fall später für die Unterbringung von Zwangsarbeitern genutzt wurden, auch wenn Lübke davon nichts gewusst oder bemerkt haben wollte, eine sehr typische deutsche Reaktion. Die DDR veröffentlichte aus ihren Archivbeständen Kopien von Planskizzen mit Lübkes Unterschrift. Was genau echt oder gefälscht war, ist bis heute nicht klar, aber als Bundespräsident war er auf jeden Fall peinlich belastet. Im Februar 1945 begann Lübke im Auftrag von Speer mit dem Aufbau eines „Nachkriegs-Büros zur Planung vorfabrizierten Wohnbaus“. Aber dann kam das Kriegsende.

Die Zeit nach 1945

Lübke kehrte aus dem zerstörten Berlin nach Westfalen zurück. Dort trat er noch 1945 der CDU bei. Er gehörte dem ersten noch von der britischen Besatzungsmacht ernannten Landtag des neuen Landes Nordrhein-Westfalen an, ebenso 1947 dem ersten gewählten Landtag. Von 1947 bis 1953 war er Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen. We-gen eines weitgehenden Plans zur Bodenreform fiel er Adenauer unangenehm auf. Trotzdem berief ihn Adenauer nach der Bundestagswahl 1953 zum Bundesminister für Ernährung, Landwirt-schaft und Forsten in die Regierung. Lübkes Gesellenstück war der Grüne Plan von 1955 mit dem Ziel der Ernährungssicherheit durch Modernisierung, Flurbereinigung, Flächenzusammenlegung, Motorisierung, durch die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur auch mit betonierte Feldwe-gen, Dorfsanierung und ähnlichen Maßnahmen. Damit begann der großflächige und grundsätzli-che Umbau der landwirtschaftlichen Welt. Lübke war also ein Aktivposten in Adenauers Regierung.

Bundespräsidentenwahl 1959

In der CDU gab es viele, die auf einen Rückzug Adenauers und einen politischen Neuanfang hofften, auch einige, die ihn beerben wollten. Adenauer wurde zum Rückzug auf das Präsidentenamt gedrängt. Er hoffte zunächst, als Präsident irgendwie die Führung der Politik behalten zu können, aber als ihm klar wurde, dass das nicht geht, lehnte er ab. Ein Aspekt in der CDU war, dass der neue Präsident katholisch sein sollte, damit der Kanzler dann evangelisch wäre. Das waren damals noch übliche Gedankenspiele. Adenauer schlug von sich aus Heinrich Lübke als neuen Bundespräsidenten vor. Am 1. Juli 1959 wurde Lübke von der Bundesversammlung in Berlin gegen Carlo Schmid von der SPD zum neuen Bundespräsidenten gewählt und am 15. September vereidigt.

Ein wichtiges Thema war für ihn von Anfang an das Schicksal der Weltbevölkerung, die notwendige Entwicklungshilfe und vor allem die Sicherstellung ihrer Ernährung. Deshalb gab er auch den Anstoß zur Gründung der Welthungerhilfe. Das Thema war durchaus aktuell, Lübkes Amtszeit war auch das Jahrzehnt der Entkolonialisierung, die Kolonien kämpften um ihre Unabhängigkeit, und neue Staaten entstanden in den alten kolonialen Grenzen, es gab Machtkämpfe und Bürgerkriege, die Welt war in schneller Veränderung, und Heinrich Lübke machte es zu seiner Aufgabe, in diese neue Welt zu reisen und dort die Bundesrepublik zu repräsentieren.

Lübke war ein pflichtbewusster und formaler Präsident und auf keinen Fall bequem. Ein Gesetz tritt nur durch die Unterschrift des Präsidenten in Kraft. Er las die beschlossenen Gesetze genau durch, und wenn er sie nicht genau verstand, fragte er nach und weigerte sich gelegentlich, ein Gesetz zu unterschreiben, wenn er es für falsch oder fehlerhaft hielt. Er war fleißig und wollte

Königin Sirikit von Thailand, Wilhelmine und Heinrich Lübke beim Staatsbesuch 1960



genau informiert sein. Lübke war sehr korrekt und auch korrekt gekleidet, aber er hatte keine persönliche Ausstrahlung. Heuss war für seine in jeder Hinsicht persönlichen Reden berühmt, Lübkes Reden waren trocken und unpersönlich. Besonders peinlich war seine Ansprache zu Neujahr 1963 (noch vor dem Mauerbau) an die Landsleute in Mitteldeutschland:

Meine lieben Landsleute in Mitteldeutschland und Ostberlin! Schon über 17 Jahre dauert nun in Mitteldeutschland die totalitäre Herrschaft einer kleinen Minderheit, die gestützt auf die Macht der sowjetischen Armee jede Regung politischer und persönlicher Freiheit erstickt. Die Funktionäre maßen sich an, das Denken und Handeln der Bevölkerung zu lenken. Freie Wahlen, freie Meinungsäußerung und die Entfaltung der Persönlichkeit sind Ihnen, meine Landsleute, zwar geläufige Vorstellungen, aber praktische Folgerungen daraus zu ziehen, ist Ihnen unmöglich gemacht. Zur Unfreiheit kamen 1962 noch verstärkt die verheerenden Folgen der Misswirtschaft des Regimes in Landwirtschaft, Handel und Industrie. Was nützt Ihr Fleiß, Ihr Fachwissen und Ihre Erfahrung, wenn alles durch die Unfähigkeit der Funktionäre zunichte gemacht wird? Das geht so weit, dass Ihre Kinder neuerdings nicht den Beruf wählen dürfen, der ihnen liegt, sondern den ergreifen müssen, der der Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes dient. Durch brutale Gewaltmaßnahmen wurde der Abbruch der Beziehungen zwischen Ihnen und uns in der Bundesrepublik erzwungen, aber wir Deutschen im Osten und Westen, im Norden und Süden unseres Vaterlandes sind und bleiben eine geistige Gemeinschaft und darum ein Volk. Ihre Trauer und Ihre Leiden sind trotz der Trennung auch unsere Trauer und unsere Leiden.

Der Redetext entspricht der Politik des Kalten Krieges, der politischen Rhetorik der Bundesregierung. Aber ein Präsident, der sich als guter Vater an seine Landsleute wendet, deren Präsident er aber gar nicht ist, der ihnen sein Mitleid für ihre missliche Lage ausdrückt, das hätte so nicht sein dürfen. Die Antwort der damals noch sogenannten DDR war eine hemmungslose Diffamierungskampagne mit den technischen Zeichnungen von Baracken und Lübkes Unterschrift, die ihn in den Zusammenhang der KZ-Hierarchie stellte und schwer belastete.

1964 wurde Lübke ohne Gegenkandidaten der SPD von der Bundesversammlung für eine zweite Amtszeit gewählt. Lübke war kein glücklicher Präsident, besonders in den zweiten fünf Jahren. Das hing einmal mit den Angriffen aus der DDR zusammen, die bei der größeren Empfindlichkeit der jüngeren Generation gegenüber NS-Bezügen dazu beitrugen, Lübke zu einer Unperson zu machen. Dazu kam eine unbarmherzige Öffentlichkeit, die Ungeschicklichkeiten, Versprecher und Aussetzer aufmerksam registrierte und als Witze vergrößerte, so das (erfundene) LÜBKE-Englisch. Der Präsident wurde zu einer belächelten Witzfigur. Dazu kam der Anfang einer schweren Zerebral-Sklerose, die zu demenz-ähnlichen Symptomen führte. Die ältere Ehefrau Wilhelmine Lübke half ihrem Mann mit viel Hingabe und Diskretion, die Amtszeit bis zum Ende durchzustehen. Weil 1969 die Präsidentenwahl und die Bundestagswahl praktisch zusammenfallen würden, beschloss Lübke, seine Amtszeit zum Juni zu beenden. Die Wahl eines Nachfolgers könnte dann im März 1969 erfolgen.

Lübke war kein hochangesehener und beliebter Präsident, aber er hatte mit der Ernährungssituation und der Dritten Welt ein aktuelles Thema gefunden und die Bundesrepublik mit seinen vielen Reisen in diese neue Welt gut repräsentiert. Die denkwürdige Gleichzeitigkeit, dass der Club of Rome 1968 seine grundsätzlichen Warnungen vor einer Überforderung und Zerstörung der Grundlagen unserer Welt veröffentlichte, die unsere heutige Lage sehr klar voraussahen, damals aber von allen Verantwortlichen nicht ernst genommen wurden, zeigt nicht die mangelnde Einsicht von Heinrich Lübke, sondern die der ganzen Bevölkerung und ihrer politischen Führung. Niemand wollte etwas davon hören, von Umdenken, Sparen, Rücksicht.

Die deutschen Bundespräsidenten: Gustav Heinemann

Bundesinnenminister 1949 – 1950

Bundesjustizminister 1966 – 1969

Bundespräsident 1969 – 1974

Gustav Heinemann (1899 - 1976)

Gustav Heinemann wurde am 23. Juli 1899 in Schwelm im nördlichen Ruhrgebiet geboren. Sein Vater war Prokurist bei Krupp. Vater und Mutter kamen aus einer Tradition, die sich auf 1848, die Freiheitsbewegung und die demokratische Bewegung berief. Die Familie war nicht kirchlich. Seine Schulzeit schloss er 1917 mit dem Notabitur ab, er wurde eingezogen und als Kanonier ausgebildet. Wegen einer schweren Erkrankung, einer Herzklappenentzündung, kam er aber nicht zum Einsatz an der Front. Nach dem Krieg begann er mit dem Studium der Rechtswissenschaften in Münster. 1922 schloss er mit dem Staatsexamen und gleichzeitig dem Dr. rer.pol. ab. 1926 folgte das zweite Staatsexamen, danach arbeitete er als Rechtsanwalt in einer Sozietät. 1929 promovierte er zum Dr. jur und wurde Justitiar der Rheinischen Stahlwerke in Essen, von 1936 an auch als Bergwerksdirektor.

Schon im Studium knüpfte er Beziehungen zu Mitstudenten und Kollegen, die zum linksliberalen Milieu (in der Weimarer Republik die DDP – Deutsche Demokratische Partei) gehörten und voll hinter der neuen Republik standen. In München wurde er aus einer Veranstaltung mit dem Redner Adolf Hitler geworfen, weil er laut gegen dessen Judenhetze protestierte. 1926 heiratete er Hilda Ordemann, die bei Rudolf Bultmann evangelische Theologie studiert hatte. Durch sie kam er mit dem fortschrittlichen christlichen Denken und mit entsprechenden Denkern in Berührung. Die evangelische Kirche des Rheinlands war eine unierte Kirche, die lutherisches und reformiertes Bekenntnis zu verbinden suchte, wobei das Lutherische mehr institutionell war, Kirche von oben nach unten, während die reformierte Tradition stärker synodal geprägt war, die Laien gleichberechtigt mit einbezog. Großen Einfluss auf Heinemanns Annäherung an die evangelische Botschaft hatte auch der Pfarrer der Gemeinde Essen-Altstadt, Friedrich Wilhelm Graeber.

Nationalsozialismus und Bekennende Kirche

Heinemann war beruflich in seiner Stellung bei den Rheinischen Stahlwerken durch die Macht-ergreifung nicht betroffen, wohl aber in seiner Verbindung zur evangelischen Kirche, als Presbyter seiner Heimatgemeinde, als die Deutschen Christen die Entlassung von Pfarrer Graeber durchsetzten. Die Gemeinde löste sich daraufhin von der Landeskirche und bildete eine eigene Gemeinde mit eigenem Versammlungsraum. Gegen den wachsenden Einfluss der Deutschen Christen gab es auch andernorts Widerstand, es bildete sich die Bekennende Kirche, und Heinemann wurde ihr Rechtsberater. Er nahm im März 1934 an der Barmer Bekenntnissynode teil, die mit ihrer Barmer theologischen Erklärung eine klare Trennungslinie zu den Deutschen Christen und ihrer Nähe zum Nationalsozialismus zog, zu ihrer Verfälschung und Verletzung der evangelischen Botschaft. Weil die Lutheraner sich mehr und mehr als die Spitze der Bewegung verstanden und die unierten Kirchen und ihre Vertreter ablehnten und zurücksetzten, trat er 1939 von allen seinen Ämtern in der Bekennenden Kirche zurück, arbeitete aber im Kleinen und in seiner Gemeinde weiter mit, auch mit der Produktion von Flugblättern. Er fiel aber der Staatsmacht nicht auf, er wurde nie verhaftet, auch nicht nach dem 20. Juli.

Nach 1945

Nach 1945 wirkte Heinemann beim Wiederaufbau seiner Gemeinde, der Rheinischen Landeskirche und der EKD, der Organisation der Evangelischen Kirchen in Deutschland mit. So war er im Oktober 1945 einer der 8 Unterzeichner des „Stuttgarter Schuldbekenntnis“, mit dem die Evangelische Kirche ihre Schuld eingestand, sich nicht grundsätzlich und klar genug gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus gewehrt zu haben. Heinemann war Mitglied der Kirchenleitung in der

Rheinischen Landeskirche und ab 1949 bis 1962 Präses der Synode der EKD. In dieser Funktion eröffnete er 1950 den (zweiten) Evangelischen Kirchentag in Essen. Von 1948 bis 1961 war er zudem deutscher Vertreter im Weltrat der Kirchen. Heinemann war also, obwohl kein Theologe, in der Evangelischen Kirche nach 1945 eine zentrale Persönlichkeit.

Zum Neuaufbau gehörte auch der Aufbau neuer Parteien, und Heinemann trat in die CDU ein, eine Neugründung, die er als überkonfessionell christlich bejahte. Die Briten setzten ihn als Oberbürgermeister von Essen ein, und 1946 wurde er durch die Wahl bestätigt. Seit 1946 war er Landtagsabgeordneter für die CDU in Nordrhein-Westfalen, und ab 1947 Landesjustizminister.

Als Konrad Adenauer 1949 seine erste Regierung bildete, eine kleine Koalition mit der FDP, wurde ihm bei seiner ersten Ministerliste, der Vorwurf gemacht, nur Katholiken heranzuziehen. Er bot deshalb Gustav Heinemann das Innenministerium an, unter der Bedingung, dass er Präses der EKD bleibe, Heinemann wollte eigentlich nicht, auch weil er kein besonderes Verhältnis zu Adenauer hatte. Er nahm trotzdem an, aber die Zusammenarbeit dauerte nicht lange. Als Adenauer 1950 im Kabinett über Geheimverhandlungen zur deutschen Wiederaufrüstung berichtete, trat Heinemann zurück, weil er das nach dem schrecklichen Krieg für moralisch falsch hielt, und weil er eine westdeutsche Wiederbewaffnung als gegen eine mögliche Wiedervereinigung gerichtet ansah.

Heinemann kehrte nach Essen zurück und gründete zusammen mit Diether Posser eine Rechtsanwaltssozietät. Politisch arbeitete er weiter gegen eine westdeutsche Wiederbewaffnung und gründete 1952 eine neue Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei GVP. Das erweckte Aufsehen und Interesse, aber bei der Bundestagswahl 1953 erhielt die GVP nur 1,2%. Nach der Einführung der Bundeswehr und der Wehrpflicht fand die Rechtsanwaltssozietät ihr neues Betätigungsfeld in der Vertretung von Kriegsdienstverweigerern. Die Kriegsdienstverweigerung war zwar grundgesetzlich garantiert, wurde aber nur äußerst restriktiv gehandhabt mit Gewissensprüfungen, Fangfragen und öffentlicher Abwertung.

Erhard Eppler war bei der Bundestagswahl 1953 ein Kandidat der GVP gewesen und trat 1956 in die SPD ein. Heinemann folgte 1957 und wurde nach der Wahl Bundestagsabgeordneter der SPD. Er gehörte zu den schärfsten Kritikern von Adenauer, etwa beim nachträglichen Streit über den Umgang mit der Stalin-Note von 1953, in der Stalin gegen eine deutsche Neutralität die Wiedervereinigung angeboten hatte. Adenauer hatte die Note einfach nicht zur Kenntnis genommen, nach Heinemann der Verzicht auf diese Chance zur Wiedervereinigung.

Als 1967 die große Koalition aus CDU und SPD unter Kiesinger und Brandt gebildet wurde, wurde Gustav Heinemann neuer Justizminister. In den drei Jahren leistete er eine ganz große Arbeit. Die Justizreform, eine dringende Arbeit, die Runderneuerung einer durch zwölf Jahre NS-Justiz verdorbenen Gesetzeslage, dazu die Nichtgleichberechtigung der Frau, die persönlichen Freiheitsrechte, das alles musste eingearbeitet und verändert werden. Die gesetzliche Unterordnung der Frau in der Ehe wurde aufgehoben, ebenso der §175, der Nazi-Paragraph gegen die Schwulen, auch Ehebruch als Strafdelikt, das Zuchthaus wurde abgeschafft, es gab nur noch die Freiheitsstrafe, und Resozialisierung gehörte dazu. Bei den Kriegsdienstverweigerern gab es Totalverweigerer, so die Zeugen Jehovas, die bisher immer wieder neu eingezogen und bei Nichterscheinen neu verurteilt wurden. Heinemann kämpfte dagegen, kam aber nicht durch. Erst ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab ihm Recht. Auch das politische Strafrecht wurde liberalisiert, erst jetzt gab es die Möglichkeit von Berufung und Revision.



Bundespräsident

1969 war ein Wahljahr für die Wahl eines neuen Bundespräsidenten und für einen neuen Bundestag. Um die beiden Wahlen zu entzerren, zog Lübke das Ende seiner Amtszeit auf Ende Juni vor. Damit wurde die Bundesversammlung zur Neuwahl auf den 5. März terminiert. Die SPD erhob seit 1967 Anspruch darauf, den Bundespräsidenten zu stellen, es waren verschiedene Kandidaten im Gespräch. Erst Ende 1968 schlug Willy Brandt Gustav Heinemann vor, nicht zuletzt, weil der in den Jahren der Studentenbewegung klare politische Aussagen etwa zu Krieg, Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung gemacht hatte. Damit war er aber bei der CDU angeeckt, auch weil er auf die Frage, ob er Deutschland liebe, geantwortet hatte: „*Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!*“ Das Verhältnis von CDU und SPD hatte sich in der Koalition erheblich verschlechtert, die Kandidatur Heinemanns war also eine Kampfansage an die CDU, kein Kompromissvorschlag. Die CDU stellte als Kandidaten Gerhard Schröder auf, Innenminister, Außenminister und jetzt Verteidigungsminister, also durchaus ein Schwergewicht und mit dem Ruf, national-konservativ zu sein. Brandt und der FDP-Vorsitzende Schell hatten sich abgesprochen, die FDP wollte für Heinemann stimmen, die beiden Lager waren etwa gleich groß, aber die Bundesversammlung war unberechenbar, vor allem die FDP-Vertreter aus den Ländern. Im ersten Wahlgang erhielt Heinemann 513 Stimmen, nicht die absolute Mehrheit, Schröder 501 Stimmen. Beim zweiten Wahlgang erhielt Heinemann 511, Schröder 507 Stimmen. Im dritten Wahlgang, bei dem die relative Mehrheit genügte, erhielt Heinemann 512 Stimmen, Schröder 506. Damit war Heinemann gewählt. In einem Interview kurz danach sagte Heinemann, diese Wahl sei „ein Stück Machtwechsel“, was natürlich die CDU wieder zum Schäumen brachte. Tatsächlich kam es nach der Bundestagswahl im September zur Bildung der kleinen Koalition Brandt-Scheel, der ersten Bundesregierung ohne die CDU. Diese Wahl war die strittigste Bundespräsidentenwahl, ein richtiger Wahlkrimi.

Heinemann war kein bequemer Präsident. In seiner Rede zum Amtsantritt am 1. Juli 1969 sagte er: *Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte ... Überall müssen Autorität und Tradition sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen ... Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben. Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland. Und auch: Nicht der Krieg ist der Ernstfall, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben.* Damit waren seine wichtigsten Themen angesprochen. Die Ansätze zur Demokratie, die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, vor allem 1848/49 waren ihm wichtig, Deutschland nicht nur auf dem Weg zum Nationalsozialismus zu sehen, sondern auch seine freiheitlichen Traditionen. Und das andere Thema war seine Ablehnung von Militär, Rüstung und Krieg. Er glaubte nicht, dass mehr Rüstung Kriege verhinderte, er wollte mehr Einsatz für den Frieden, für ihn war die Wehrdienstverweigerung eine ethisch bewundernswerte Haltung. Die einfache Formel dafür, nicht von Heinemann, aber damals gängig, war: *Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin!* Wie das heute, nach Ukrainekrieg und Zeitenwende aussieht, ist schwer zu sagen, aber es ist schon erschreckend, wie viel Kriegsexperten es heute gibt, wie in der politischen Sprache der Krieg die Verteidigung wieder verdrängt. Heinemann war Präsident in einer Zeit, wo mit der Ostpolitik Willy Brandts der Kalte Krieg abkühlte, wo in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der KSZE, die Spannungen abgebaut und die Grenzen gegenseitig anerkannt wurden.

Ein wichtiges Anliegen war ihm die Erinnerungsstätte für die deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt, dem Ort des letzten Gefechts der badischen Freiheitskämpfer und ihrer Niederlage gegen eine waffentechnisch überlegene preußische Armee. Sein Engagement für Rastatt war auch persönlich. Ein Bruder seines Urgroßvaters hatte sich den badischen Kämpfern angeschlossen und starb als Gefangener in den Rastatter Kasematten. Heinemann begleitete die konzeptionelle und inhaltliche Konzeption für die Einrichtung der Erinnerungsstätte und eröffnete sie am 26. Juni 1974, wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit am 1. Juli. Die Erinnerungsstätte ist fast ein Vermächtnis an die Deutschen. Auf seine Anregung hin gründete sich am 28. Oktober 1870 die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, der neben Bund und Ländern auch der DGB, der BDI, die EKD, die deutsche Bischofskonferenz und der Zentralrat der Juden in Deutschland angehörte. Die Gesellschaft erhielt drei Millionen aus öffentlichen Mitteln, aber 1983 kündigte Bundeskanzler Kohl für die Bundesregierung und für die CDU geführten Länder die Zusammenarbeit und stoppte die öffentlichen Mittel. Die CDU fremdelte bis zum Schluss mit diesem unbequemen Präsidenten und griff ihn immer wieder an, etwa weil er die Familie Rudi Dutschke unterstützte, aber er hatte es ohne Öffentlichkeit und mit privaten Mitteln getan, mit seiner Pension der Rheinischen Stahlwerke, die er in einen Fonds einzahlte, aus dem

er besondere Fälle unterstützen konnte. Heinemann machte manches anders. So lud er zum Neujahrsempfang nicht nur die Diplomaten ein, sondern auch normale Bürger, bevorzugt aus weniger geschätzten Berufen. Heinemann war ein Bürgerpräsident, aber gleichzeitig ohne jede Anbiederung, privat sehr zurückgezogen, präsent, aber ohne nationalen Prunk. Seine Frau Hilda gründete eine Stiftung für Drogensüchtige, für Frauen in Gefängnissen und andere Gruppen am Rand der Gesellschaft. Sie übernahm auch die Schirmherrschaft für Amnesty International. Die Bürger schätzten beider klare Haltung und zurückhaltende Art.

Heinemann hätte für eine zweite Amtszeit kandidieren können, die SPD-FDP-Koalition hätte eine ausreichende Mehrheit gehabt. Aber er wollte nicht mehr, aus Alters- und Krankheitsgründen, aber wohl auch, weil er nicht mit allen politischen Entscheidungen einverstanden war, so mit dem Radikalenerlass von 1972, der für die Verbeamtung (vor allem von Junglehrern) die Regelüberprüfung durch den Verfassungsschutz vorschrieb und zu eigenartigen Gesinnungsüberprüfungen führte. Zum Abschied verzichtete er auf den Großen Zapfenstreich, lud aber dafür zu einer Bootsfahrt auf den Rhein ein. Die Familie Heinemann lebte danach in Essen, Heinemann hielt sich zurück, aber er nahm doch immer wieder gegen den Radikalenerlass Stellung. Der Internationale Gerichtshof für Menschenrechte gab ihm 1995 recht.

Heinemann starb am 7. Juni 1976 in Essen und ist dort begraben.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Walter Scheel.
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1961 – 1966
Bundesaußenminister 1969 – 1974
Bundespräsident 1974 – 1979**

Walter Scheel 1919-2016

Walter Scheel wurde 1919 in Höhscheid bei Solingen geboren als Sohn eines Stellmachers, eines gehobenen Handwerkers. Er besuchte die Schule bis zum Abitur in einem Solinger Gymnasium und machte dann 1938/1939 eine Banklehre bei der Volksbank Solingen. Mit Kriegsbeginn im September 1939 diente er bei der Luftwaffe in einem Nachtjagdgeschwader als Adjutant des Kommandeurs. Bei Kriegsende war er Oberstleutnant und Träger des Eisernen Kreuzes. Er war wohl auf eigenen Antrag Parteimitglied, aber er vertrat immer die Meinung, dass diese Mitgliedschaft ruhte, solange er beim Heer war. 1942, im Krieg, heiratete er Eva Charlotte Kronenberg, die 1966 starb. Nach dem Krieg kehrte er nach Solingen zurück und arbeitete als Geschäftsführer in verschiedenen Betrieben und Verbänden. 1958 wurde er Geschäftsführer eines Marktforschungsunternehmens und gründete zusammen mit Gerhard Kienbaum das Unternehmen Interfinanz. 1964, als seine politische Karriere Schwung aufnahm, verkaufte er seine Anteile an die Mitgesellschafter.

Parteikarriere in der FDP

Scheel trat 1946 in die FDP ein, zunächst lokal, ab 1954 Mitglied im Landesvorstand der FDP von Nordrhein-Westfalen, auch als Landesschatzmeister, 1956 im Bundesvorstand. 1956 gehörte er dort zu den „Jungtürken“, die in Nordrhein-Westfalen einen Koalitionswechsel zur SPD einleiteten und damit auch eine Krise in der Bundesregierung herbeiführten, eine Abspaltung der rechten FDP-Mitglieder um Euler, die Adenauer kurzfristig die Mehrheit sicherten, aber in der Bundestagswahl 1957 nicht mehr kandidierten. Bei der Wahl 1957 erhielt die CDU/CSU 50,2%, Adenauer koalierte aber mit der rechtskonservativen Deutschen Partei, die zwar nur 3,7% erhielt, aber sechs Direktmandate in Niedersachsen, fünf davon, weil die CDU keinen Kandidaten aufstellte. Die Mandatsträger traten während der Legislaturperiode zur CDU über. Die FDP wurden 1957 bis 1960 von Reinhold Maier geführt. 1960 übernahm Erich Mende den Parteivorsitz, ein rechtsnationaler Ritterkreuzträger, der das Ritterkreuz auch 1960 unbedingt tragen wollte. Er strebte eine neue Koalition mit der CDU an, aber nicht mehr unter Adenauer. Bei der Wahl 1961 verlor die CDU Stimmen und brauchte dringend einen Koalitionspartner, die FDP erhielt 12,8% und war für eine Koalition ohne Adenauer, aber der hielt hartnäckig an seinem Amt fest. Schließlich stimmte sie einem Kanzlerwechsel erst 1963 zu, sie galt aber deshalb als Umfallerpartei. Die FDP erhielt fünf Ministerien, darunter das neugeschaffene Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für Walter Scheel, ein neues Ministerium mit noch unklaren Zuständigkeiten, sicher keine von Mende bevorzugte Wahl, sondern ein Zugeständnis an den liberalen Flügel. Im November 1962 lösten Strauß und Adenauer die Spiegelaffäre aus, eine Durchsuchung des Spiegel und die Verhaftung des Herausgebers Augstein und des Journalisten Conrad Ahlers wegen Landesverrats. Der FDP-Justizminister war nicht informiert worden, weil er nicht zuverlässig war, Strauß hatte im Parlament über seine Beteiligung gelogen, die Vorwürfe waren offensichtlich an den Haaren herbeigezogen. Am 19. November erklärten alle FDP-Minister ihren Rücktritt, die Regierung hatte keine Mehrheit mehr. Strauß musste auf das Verteidigungsministerium verzichten und aus der Regierung ausscheiden. Die FDP behielt ihre Ministerien, aber nur Wolfgang Mischnick und Walter Scheel behielten ihre Ämter. Auch beim Kanzlerwechsel 1963 behielt Scheel sein Ministerium, Erich Mende stieg zum Vizekanzler und Minister für Gesamtdeutsche Fragen auf. Das Kabinett Erhard war nicht glücklich, obwohl Erhard als Wahllokomotive die Bundestagswahl 1965 deutlich gewann. Wegen eines Streits über den Haushalt kam es im Oktober 1966 zur Koalitionskrise: die FDP-Minister traten geschlossen zurück, die Regierung Erhard hatte keine Mehrheit mehr, die FDP war nicht mehr zu einer Regierungsbeteiligung bereit. Im Dezember 1966 bildete dann Kurt-Georg Kiesinger eine große Koalition mit der SPD.

Der Austritt aus der Regierung war auch eine Revolte gegen den Kurs von Erich Mende, und 1968 wurde er als Vorsitzender der FDP abgewählt, Walter Scheel wurde sein Nachfolger. Das hing mit einer neuen Rückbesinnung auf die liberalen Grundwerte zusammen. Scheel, Maihofer und der Journalist Karl Hermann Flach standen für eine neues Programm, die dann 1971 beschlossenen Freiburger Thesen. Die FDP wollte keine reine Wirtschaftspartei sein, Liberalismus hatte auch etwas mit Sozialverantwortung zu tun, eine Koalition mit der SPD musste möglich sein. Dass Scheel neuer Vorsitzender wurde, war aber auch den sechs Jahren als Minister zu verdanken, wo er dem neuen Entwicklungsministerium eine klare Aufgabenstellung, ein Profil und eine Struktur gegeben hatte. Von 1966 bis 1969 war Scheel der Oppositionsführer, der die Probleme und die Risse in der Großen Koalition spürte und offenlegte.

Präsidentenwahl, Bundestagswahl 1969 und 1972, Regierungsbildungen

Brandt und Scheel führten Gespräche über eine Zusammenarbeit von SPD und FDP und einigten sich auf Gustav Heinemann als Kandidaten für die im März 1969 fällige Wahl, keinen Kompromisskandidaten, sondern eine Kampfansage an die CDU, Scheel sagte für die Bundestagsabgeordneten der FDP zu, aber für die Abgeordneten aus den Ländern war es schwieriger, und Gerhard Schröder von der CDU war ein angesehener nationalkonservativer Kandidat. Die Wahl gelang erst im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit, Heinemann mit 6 Stimmen vor Schröder. Trotzdem verständigten sich Brandt und Scheel auf eine mögliche Koalition nach der Bundestagswahl im September. Bei der Wahl bekam die CDU 46,1%, die SPD 42,7%, die FDP 5,8% (bei einem Verlust von 3,7%). SPD und FDP verfügten über 268 Abgeordnete, nur 7 mehr als die Kanzlermehrheit. Trotzdem wagten sie die Koalition. Willy Brandt wurde am 1. Oktober 1969 mit knapper Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt, die Regierungsbildung wurde in einem Monat abgeschlossen. Die FDP erhielt drei Ministerien, Walter Scheel als Außenminister und Vizekanzler, Genscher als Innenminister und Josef Ertl als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die große Leistung der neuen Bundesregierung war die neue Ostpolitik, und sie lag vor allem beim Kanzler. Aber Scheel arbeitete daran mit und fühlte sich nicht zurückgesetzt. Die Schwierigkeiten für die Regierung lagen in der knappen Mehrheit, die durch Übertritte von FDP-Abgeordneten noch weiter schwand, und in einer CDU-Opposition, die unter Rainer Barzel mit allen Kräften für das Scheitern der Regierung und gegen die Ostverträge kämpfte. Bei einem konstruktiven Misstrauensvotum, dem ersten in der Geschichte der Bundesrepublik, am 27. April 1972 erhielt Barzel 247 Stimmen, zwei zu wenig. Zwei CDU-Abgeordnete hatten sich enthalten, nach neueren Erkenntnissen von der DDR bestochen. Regierung und Opposition einigten sich auf Neuwahlen. Das Wahlkampfthema waren vor allem die Ostverträge, und die hielten viele Wähler für richtig. Bei der Wahl am 19. November wurde die SPD mit 45,8% stärkste Partei, die CDU erhielt 44,9%, die FDP 8,4%. Die sozialliberale Koalition konnte also ihre Arbeit gestärkt fortsetzen, in ähnlicher Zusammensetzung, aber Scheel erhielt als Vizekanzler einen eigenen Staatsminister, den Parteitheoretiker Werner Maihofer. Die Regierung war nicht so glücklich, vor allem wegen der Ölkrise 1973, den Folgen der stark gestiegenen Ölpreise, der Wirtschaftskrise, aber auch, weil Willy Brandt zum Alltagskanzler eigentlich keine Lust hatte. Als sein persönlicher Referent Guillaume als DDR-Agent enttarnt wurde, trat er am 7. Mai 1974 zurück. Scheel vertrat ihn als Vizekanzler, bis Helmut Schmidt am 16. Mai als Nachfolger gewählt wurde. Dem neuen Kabinett gehörte Scheel nicht mehr an, weil er der Kandidat der sozialliberalen Koalition für das Amt des Bundespräsidenten war. Parteichef der FDP, Vizekanzler und Außenminister war der bisherige Innenminister Hans-Dietrich Genscher.



Bundespräsident 1974 – 1979

Am 15. Mai 1979 wurde Walter Scheel von der Bundesversammlung mit der Mehrheit von 530 Stimmen (gegen Richard von Weizsäcker mit 498 Stimmen) zum Bundespräsidenten gewählt. Er trat am 1. Juli sein neues Amt an. Noch als Außenminister hatte er 1973 für die Behinderteneinrichtung Aktion Sorgenkind mit dem Düsseldorfer Männergesangsverein das Lied „Hoch auf dem gelben Wagen“ aufgenommen und damit einen großen Erfolg gehabt und eine gewisse Popularität gewonnen, die Erinnerung an ihn ist damit bis heute verbunden, die sangesfreudige rheinische Frohnatur. Doch der Präsident Scheel war mehr als das. Seit 1988 war er mit der Ärztin Mildred Scheel verheiratet, die sich als Frau des Bundespräsidenten sehr für öffentliche und soziale Aufgaben engagierte, insbesondere für die Krebshilfe. Noch 1974 gründete sie die Deutsche Krebshilfe, die zur Vorsorgeuntersuchung Mut machen und Krebs als Tabuthema bekämpfen wollte. Die Organisation arbeitete mit Spenden, wollte keine Steuergelder und lehnte Spenden der pharmazeutischen Industrie ab. Mildred Scheel starb 1985 an einer Krebserkrankung.

Scheel gilt als bedeutender Redner, seine Reden sind in dem Band *Unerhörte Reden* (herausg. Kurt Bergmann, 2021) neu herausgegeben. Schon 1975 sprach er von der deutschen Kapitulation 1945 als einem bitteren Tag der Befreiung: *Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei ... Aber wir vergessen nicht, dass diese Befreiung von außen kam.* Die große Herausforderung dieser Zeit waren die Terroranschläge der RAF, die Entführung der *Landshut* und die Ermordung von Arbeitgeberpräsident Schleyer. Er warnte vor Überreaktionen und verteidigte die Demokratie gegen Vorwürfe von links wie von rechts: *Eine Demokratie ist immer auf dem Wege zu sich selbst. Sie ist nie fertig. Nur Staaten, in denen die Freiheit nicht viel gilt, behaupten von sich, sie hätten das Klassenziel erreicht. Nur Menschen, die von Freiheit nichts wissen, behaupten, sie hätten ein Rezept, wie der ‚ideale Staat‘ zu verwirklichen sei. Freiheit und unvollkommener Staat, das gehört zusammen – ebenso wie der ‚ideale‘ Staat mit Unfreiheit und Unmenschlichkeit zusammen geht. Die Demokratie ist nicht zuletzt deshalb die beste Staatsform, weil sie sich ihre eigenen Mängel eingesteht.*

Seine ersten Auslandsreisen führten ihn 1975 nach Frankreich, in die USA, aber auch in die Sowjetunion und nach Spanien, nach dem Tod von Franco auf der Suche nach einem Weg in die Zukunft, deutlich Reisen des früheren Außenministers. Später folgten auch Reisen in die weitere Welt, vor allem Repräsentationsreisen für die Bundesrepublik. Scheel war ein ernsthafter Politiker, sein Ruf als Frohnatur und Leichtgewicht wird ihm nicht gerecht. Die Zeit bezeichnete ihn in einem Artikel als „Der Verkannte“. Beim Staatsakt zu seiner Beerdigung 2016 sagte Bundespräsident Gauck über sein Wirken: *Sein Leben steht beispielhaft für den erfolgreichen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg und zugleich für die Neuorientierung der Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre. Zu beidem hat er Wichtiges beigetragen, so viel wie nur wenige Deutsche seiner Generation.*

Walter Scheel wollte nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren, vielleicht auch, weil die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung unsicher waren. Er zog sich nach dem Ende seiner Amtszeit weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück. Der Tod seiner Frau Mildred traf ihn schwer. Er lebte in Berlin, heiratete 1988 die Physiotherapeutin Barbara Wiese und musste 2012 wegen fortschreitender Demenz ins Pflegeheim. Dort starb er 2016.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Karl Carstens
Bundestagsabgeordneter 1972 – 1979
Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU 1973 – 1976
Bundestagspräsident 1976 -1979
Bundespräsident 1979 – 1984**

Karl Carstens (1914 – 1992)

Karl Carstens wurde am 14. Dezember 1914 in Bremen geboren. Sein Vater, der Studienrat Carl Ernst Carstens war schon im Oktober 1914 in Frankreich gefallen. Karl wuchs also als Halbwaise auf. Er besuchte die Schule in Bremen und schloss 1933 mit dem Abitur am Alten Gymnasium ab. Danach begann er mit dem Jurastudium, zuerst in Frankfurt, dann in Greifswald, Dijon, München, Königsberg, zuletzt in Hamburg, wo er 1936 das erste Staatsexamen ablegte. Ob diese häufigen Hochschulwechsel normal waren, ob er bestimmten Hochschullehrern folgte, weiß ich nicht. Auffällig ist auf jeden Fall Dijon, der Austausch mit Frankreich war keineswegs üblich. Dann begann er mit dem Referendardienst und arbeitete nebenher an seiner Doktorarbeit, mit der er 1938 in Hamburg promoviert wurde. Im juristischen Referendariat lernt man die verschiedenen beruflichen Möglichkeiten kennen durch Praktika beim Gericht, bei der Staatsanwaltschaft, in der Verwaltung und bei einem Rechtsanwalt. Im September 1939 schloss er die Ausbildung mit dem zweiten Staatsexamen ab. In Frankfurt leistete er SA-Dienste, ohne aber Mitglied zu sein. 1937 stellte er den Antrag zur Mitgliedschaft bei der Partei, weil ihm gedroht wurde, sonst nicht zum Staatsexamen zugelassen zu werden. Er verzögerte aber den Vorgang, weil er die erforderlichen Unterlagen sehr zögerlich nachreichte. Der Antrag wurde erst nach Kriegsausbruch positiv entschieden, da war Carstens bereits Soldat und machte keinen Gebrauch mehr davon. Carstens wurde im Oktober 1939 zur Flakartillerie-Ausbildung nach Düsseldorf eingezogen und zum Flugmelder ausgebildet. Im Krieg stieg er langsam auf bis zum Leutnant und Ordonnanzoffizier. Ab 1943 war er Ausbilder an der Flak-Artillerieschule in Berlin-Heiligensee, er war wohl nicht im eigentlichen Kampfeinsatz. Am 23. Dezember 1944 heiratete er in Berlin die Krankenschwester Vera Prior, die später Medizin studierte und Ärztin wurde.

Karriere nach 1945

Bei Kriegsende kehrte Karl Carstens nach Bremen zurück (wohl ohne Kriegsgefangenschaft). Er wurde Rechtsanwalt und profilierte sich als Verteidiger der deutschen Angeklagten beim Alliierten Militärgericht. Er war auch Rechtsberater des (noch von den Amerikanern eingesetzten) Bremer Bürgermeisters Spitta und wirkte bei der Ausarbeitung der Bremer Verfassung mit. Durch die amerikanischen Richter am Militärgericht erhielt er 1948 ein Stipendium an der Yale-Universität, das er 1949 mit einem Master of Law abschloss. Nach der Rückkehr wurde er Rechtsberater des (gewählten) Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen und Vertreter des Landes Bremen beim Bund. 1950 erhielt er dazu einen Lehrauftrag an der Universität Köln, wo er sich 1952 über US-amerikanisches Verfassungsrecht habilitierte.

1954 trat Carstens in den Dienst des Auswärtigen Amtes und wurde der ständige Vertreter der Bundesrepublik beim Europarat. 1955 trat er der CDU bei, was wohl mehr seinen Vorstellungen entsprach. In Bremen war die SPD entscheidend gewesen. 1956 veröffentlichte er ein Buch über das Recht des Europarats und war im Auswärtigen Amt an der Weiterentwicklung zu den Römischen Verträgen (1958), der Grundlage für die EWG, beteiligt. Die Universität Köln übertrug ihm 1958 die Leitung eines neuen Instituts für das Recht der Europäischen Gemeinschaften, das Auswärtige Amt die Leitung der politischen Abteilung „West I Europa“. Carstens war auf dem Weg, der Fachmann für die europäische Neuordnung zu werden.

Adenauer war in seiner ersten Regierung sein eigener Außenminister, aber 1955 erzwang die CDU-Fraktion einen anderen Außenminister. Adenauer wählte Heinrich von Brentano, der relativ willfährig war. 1960 suchte Brentano einen neuen Staatssekretär und bot Carstens das Amt an. So wurde Carstens Staatssekretär im Auswärtigen Amt. 1961 trat Brentano nach der Bundestagswahl zurück. Die Verhandlungen mit der FDP waren schwierig, neuer Außenminister wurde der bisherige Innenminister Gerhard Schröder, und er bat Carstens, als Staatssekretär weiterzumachen. Carstens nahm an, die beiden waren wohl vom Denken und von der Einstellung her wahlverwandt, und als Schröder in der

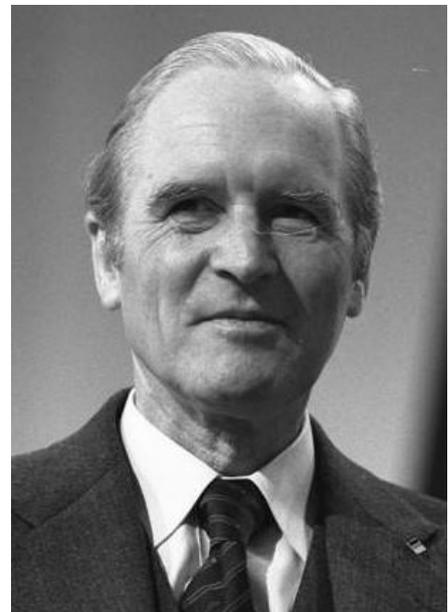
Großen Koalition 1966 Verteidigungsminister wurde, folgte ihm Carsten als Staatssekretär dorthin. Vielleicht weil das neue Arbeitsgebiet seinen Interessen nicht ganz entsprach, nahm er 1969 das Angebot von Bundeskanzler Kiesinger an und wurde als Staatssekretär Chef des Bundeskanzleramtes. Diese Karriere brach plötzlich ab, als nach der Bundestagswahl 1969 die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP die Regierung übernahm. Carstens konnte nur noch die Bundestagsfraktion der CDU und ihren Chef Rainer Barzel beraten. Bei der Bundestagswahl 1972 kandidierte er für die CDU und wurde Abgeordneter für Schleswig-Holstein. Mit einer schroff ablehnenden Rede über den Grundlagenvertrag mit der DDR machte er sich einen Namen, und als Rainer Barzel 1973 von seinen Ämtern zurücktrat, wurde Karl Carstens neuer Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Bei der nächsten Bundestagswahl 1976 führte Helmut Kohl den Wahlkampf als Kanzlerkandidat und forderte dann auch den Vorsitz in der Fraktion. Zum Ausgleich wurde Carstens Bundestagspräsident.

Bundespräsident 1979 - 1984

Die CDU war zwar nicht an der Regierung, aber die größte Partei, und hatte mit den Ländervertretern in der Bundesversammlung mit 531 Stimmen die absolute Mehrheit. Sie wollte Scheel zu keiner zweiten Amtszeit verhelfen und schlug Carstens vor, die SPD die hochgeachtete Annemarie Renger, die erste für das Amt vorgeschlagene Frau. Aber sie hatte keine Chance. Am 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, wurde Karl Carstens mit 528 Stimmen (gegen 431 für Renger) gewählt. Carstens hat natürlich in seiner Amtszeit viele Auftritte gehabt und auch Reden gehalten, aber davon ist nichts im öffentlichen Gedächtnis geblieben. Am bekanntesten wurde er als „Wanderpräsident“. Er ist stückweise durch die ganze Bundesrepublik gewandert, angekündigt und mit einer größeren Begleitung. Das verschaffte ihm eine gewisse Popularität. Sein Verhältnis zum Bundeskanzler Schmidt war unterkühlt, aber auch Helmut Kohl stand ihm nicht nahe. Seine Auslandsreisen waren üblich. Allerdings fällt auf, dass er die USA und Frankreich erst im Oktober 1983 besucht hat.

Die schwerste politische Entscheidung war die von Kohl mit einem unechten Misstrauensvotum erzwungene vorzeitige Auflösung des Bundestages und Neuwahl 1983, die Carstens unterschreiben musste, die aber später vom Bundesverfassungsgericht gerügt wurde.

Veronika Carstens hatte bis zur Wahl ihres Mannes zum Bundespräsidenten in Meckenheim als Ärztin praktiziert. Sie übernahm eine Reihe von Schirmherrschaften, so für die Deutsche Multiple-Sklerose-Gesellschaft oder für UNICEF Deutschland. Aber ihr stärkstes Interesse galt der Homöopathie und der Alternativmedizin. 1982 gründete sie mit ihrem Mann die Karl-und-Veronica-Carstens-Stiftung, eine der wichtigen Stimmen zur Förderung der Homöopathie in Deutschland.



Vor dem Ablauf der ersten Amtszeit war klar, dass Helmut Kohl Carstens nicht verlängern würde. Er war wohl 1979 ein Zugeständnis an die alte nationalkonservative CDU. Jetzt wollte Kohl aber jemand aus seinem eigenen Lager, jünger und dynamischer. Als Carstens das spürte, verzichtete er schon 1983 auf eine neue Kandidatur. Richard von Weizsäcker wurde am 23. März 1984 gewählt und trat sein neues Amt am 1. Juli an. Karl Carstens lebte weiterhin in Meckenheim bei Bonn, seine Frau praktizierte dort als Ärztin, er selbst trat eigentlich nicht mehr in Erscheinung und starb 1992. Er war einer der wenig auffälligen Bundespräsidenten.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Richard von Weizsäcker
Regierender Bürgermeister von Berlin 1981 - 1984
Bundespräsident 1984 – 1994**

Richard von Weizsäcker (1920 – 2015)

Die Weizsäcker sind eine alte und weitverzweigte bürgerliche württembergische Familie. Der Großvater Karl Hugo hatte im Siebzigerkrieg gekämpft und war bei der Belagerung von Paris verwundet worden. Ab 1871 studierte er Jura in Tübingen. Er stieg dann im württembergischen Staatsdienst auf, seit 1883 als Ministerialsekretär im Justizministerium und in anderen wichtigen Stellungen. 1897 wurde ihm der Adel verliehen. Seit 1900 war er Mitglied des Staatsministeriums, zuständig für das Kirchen- und Schulwesen. Von 1906 bis 1918 war er Präsident des Staatsministeriums. Sein Sohn Ernst von Weizsäcker war im Weltkrieg bei der Marine. Er war seit 1911 verheiratet, und die Familie lebte in einem Flügel des Stuttgarter Schlosses, auch noch nach dem Sturz der Monarchie. Dort wurde Richard als fünftes Kind am 15. April 1920 geboren. Der Vater Ernst rutschte nach Kriegsende in den Diplomatischen Dienst der Weimarer Republik. Deshalb war das Leben der Familie von vielen Umzügen geprägt: in Basel von 1920 bis 1924, danach von 1924 bis 1927 in Kopenhagen, in Oslo von 1931 bis 1933, von 1933 bis 1936 in Bern, und danach in Berlin. Die Schulkarriere von Richard war deshalb unruhig. Eingeschult wurde er in der Deutschen Schule in Kopenhagen, in Bern besuchte er das Gymnasium Kirchenfeld, wo er eine HJ-Gruppe leitete, in Berlin machte er 1937 das Abitur am Bismarck-Gymnasium in Berlin-Wilmersdorf. Danach reiste er nach Oxford und nach Grenoble, um dort Vorlesungen in Philosophie und Geschichte zu hören und die Sprachen besser zu sprechen. Nach seiner Rückkehr wurde er 1938 zum Reichsarbeitsdienst eingezogen, schon im Herbst zum Heer, zu einer Maschinengewehrkompanie, bei der sein drei Jahre älterer Bruder Heinrich schon als Leutnant Dienst machte. Am 1. September 1939 überschritt die Kompanie die Grenze nach Polen, am 2. September fiel der Bruder Heinrich bei einem Gegenangriff. Richard musste ihn dort beerdigen. Doch der Krieg ging weiter. Nach Beendigung des Polenfeldzugs wurde die Einheit nach Luxemburg verlegt. Beim Westfeldzug war Richard nicht dabei, er war auf einem Offizierslehrgang. 1941 beim Überfall auf die Sowjetunion wurde er verwundet, war vier Wochen im Lazarett und kam für die Schlacht um Moskau zurück. Im März 1942 musste seine Einheit zurückgezogen werden, weil sie fast völlig aufgerieben war. Er wurde zum Ordonnanzoffizier beim Oberkommando des Heeres ernannt, in Ostpreußen, ab Juni 1942 gemeinsam mit dem Führerhauptquartier Werwolf in Winniza. Im Oktober wurde er als Oberleutnant zu seiner alten Einheit zurückversetzt, die als Besatzungstruppe in Dänemark diente. Ende Januar 1943 wurde das Regiment wieder an die Ostfront geschickt, zur Belagerung von Leningrad. Im Sommer 1944 wurde die Einheit nach Lettland zurückverlegt. Von dort ging es im März 1945 per Schiff nach Ostpreußen und schließlich nach Potsdam. Dort setzte er sich ab und kam bis Lindau, in einen alten Familienbesitz. So entzog er sich der Kriegsgefangenschaft.

Anfang 1938 war Joachim von Ribbentrop deutscher Außenminister geworden und hatte Ernst von Weizsäcker angeboten, sein Staatssekretär zu sein. Weizsäcker akzeptierte, nach späteren Aussagen, um das Schlimmste zu verhindern. Er wurde dafür Parteimitglied und auch Ehrenmitglied der SS. Er machte alles mit, sein Stellvertreter nahm an der Wannseekonferenz teil. 1943, als sich das Kriegsende andeutete, wurde er auf eigenen Wunsch als Botschafter zum Heiligen Stuhl versetzt. Dort konnte er unter päpstlichem Schutz bis 1946 bleiben. Ernst von Weizsäcker ging freiwillig nach Deutschland zurück, wo er als Zeuge auszusagen bereit war. Die Amerikaner verhafteten ihn 1947, und er war einer der prominenten Angeklagten im sogenannten Wilhelmstraßenprozess gegen Angehörige des Auswärtigen Amtes. Weizäckers Strategie war es, nichts gewusst zu haben und immer das Beste gewollt zu haben. Aber zu viele Dokumente trugen seine Unterschrift, auch die Anweisung für die Deportation französischer Juden nach Auschwitz. Schon 1945 nahm Richard von Weizsäcker in Göttingen das Jurastudium auf und schloss 1947 mit dem

ersten Staatsexamen ab. Danach widmete er sich vor allem als Assistent des Anwalts seines Vaters dessen Verteidigung. Aber Ernst von Weizsäcker wurde im April 1949 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, nachträglich auf fünf Jahre verkürzt. Auf Grund einer allgemeinen Amnestie wurde er 1950 aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg entlassen. Ernst von Weizsäcker starb 1951 in Lindau.

Ernst von Weizsäcker war einer der höchsten Beamten, er war Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als Deutschland sich über alle vertraglichen Regelungen hinwegsetzte und seine Nachbarstaaten der Reihe nach unterwarf, vor dem Krieg und auch nach Kriegsausbruch. Die Legende stellt ihn gern als Opfer dar. Aber das ist nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Richard von Weizsäcker war von 1939 bis 1942 im Krieg, vor allem im Osten, er stieg bis zum Hauptmann auf, er war bei der Schlacht um Moskau und dann vor allem bei der Belagerung von Leningrad dabei, einem der schlimmsten Kriegsverbrechen der Wehrmacht, aber: *Der bisweilen sehr farbig erzählende Weizsäcker verfällt bei den Schilderungen aus der Kriegszeit in eigentümliche Wortkargheit* (Ernst Kindhauser in einer Rezension in der Züricher Weltwoche 1997).

Richard von Weizsäcker arbeitete von 1950 bis 1958 bei Mannesmann, seit 1953 in der Rechtsabteilung, seit 1955 mit Prokura. 1958 schied er bei Mannesmann aus und wurde persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Waldthausen. 1962 bis 1966 war er Mitglied der Geschäftsführung von Boehringer Ingelheim, das damals auch Dioxin produzierte und für Agent Orange an die Amerikaner verkaufte, die es in Vietnam einsetzten, wovon er allerdings erst später „mit großer Betroffenheit“ erfuhr

Politische Karriere

Richard von Weizsäcker trat 1954 in die CDU ein, in den Landesverband Nordrhein-Westfalen. Er war ein einfaches Mitglied, übernahm keine besonderen Aufgaben oder Ämter. 1962 wechselte er zu Boehringer Ingelheim und damit nach Rheinland-Pfalz. Die dortige CDU steckte damals in einem von dem jungen Helmut Kohl angestoßenen Erneuerungs- und Verjüngungsprozess. Helmut Kohl war seit 1966 Landesvorsitzender und designierter Nachfolger von Peter Altmeier, die neue junge Regierung war von ihm zusammengestellt. Er erkannte auch das Potenzial von Richard von Weizsäcker, der 1966 von Rheinland-Pfalz in den Bundesvorstand der CDU geschickt wurde und bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten Beisitzer des Parteipräsidiums war. Er wurde 1971 Vorsitzender der Grundsatzkommission zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms in der CDU, das er 1973 erstmals bei einem Parteitag der CDU vorstellte. Das neue Programm löste heftige Diskussionen aus und wurde erst 1978 beschlossen. 1969 kandidierte er in Worms für den Bundestag und war bis 1981 im Parlament. 1973 unterlag von Weizsäcker dem konservativeren Karl Carstens bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden, und 1974 war er auf Vorschlag von Kohl der Kandidat der CDU für das Bundespräsidentenamt gegen Walter Scheel, der aber eine klare Mehrheit in der Bundesversammlung hatte. 1976 war von Weizsäcker ein Mitglied des von Kohl für die Bundestagswahl zusammengestellten Schattenkabinetts. Von Weizsäcker war also eindeutig ein Vertreter der von Kohl geführten Erneuerungsmannschaft für die CDU.

1979 wurde Richard von Weizsäcker Spitzenkandidat der CDU für die Wahl zum Regierenden Bürgermeister in Berlin, das von einer abgehalfterten Koalition aus SPD und FDP regiert wurde. Die CDU erhielt 44,4%, aber Stobbe regierte mit der FDP weiter. Im Januar 1981 trat Stobbe nach einer missglückten Regierungsumbildung zurück, und Hans Jochen Vogel wurde zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Er begann mit der dringend notwendigen Erneuerung. Vogel strebte vorgezogene Neuwahlen an, er hatte Schwierigkeiten mit seiner dünnen Mehrheit, weil die Berliner SPD zum Teil opponierte. So kamen die Neuwahlen schon am 10. Mai 1981, und die CDU unter Weizsäcker erhielt 48%. Weizsäcker wurde zum Regierenden Bürgermeister gewählt und regierte zunächst mit einem Minderheitensensat, ab 1983 in einer offiziellen Koalition mit der FDP.

Ein großer Konflikt in Berlin war die Szene der illegalen Hausbesetzer. Der Innensenator Lummer versuchte zunächst, den Konflikt mit Gewalt zu lösen, als aber dabei ein Hausbesetzer zu Tode kam, suchte Weizsäcker zusammen mit dem evangelischen Landesbischof Martin Kruse nach einer einvernehmlichen Lösung. Die häufig leerstehenden und reparaturbedürftigen Häuser wurden im Rahmen einer behutsamen Stadtsanierung renoviert und dem Wohnungsmarkt zugeführt, und auch

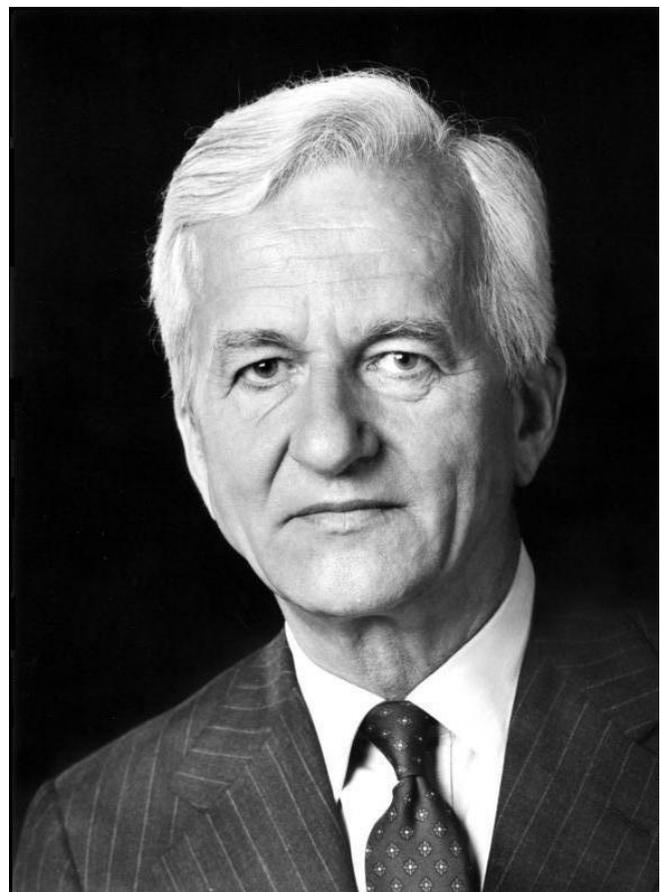
die in Berlin übliche Flächensanierung ganzer Stadtteile wurde durch eine behutsamere und schonendere Politik ersetzt. Weizsäcker suchte aber auch größere außenpolitische Kontakte, er repräsentierte Berlin und die Bundesrepublik, und in Berlin wurde dieser internationale Glanz sehr positiv zur Kenntnis genommen. So besuchte er 1983 die DDR und traf sich mit Honecker. Es wurde keine persönliche Freundschaft, aber die Grenzkontrollen und Transitfragen wurden doch einfacher. Berlin wurde unter Weizsäcker besser, aber auch glänzender regiert. Bei der Bundespräsidentenwahl 1979 wurde Weizsäcker von Kohl nicht vorgeschlagen. Kohl sah in Karl Carstens ein Zugeständnis an den nationalkonservativen Flügel und fürchtete negative Auswirkungen auf die Berliner Politik. 1984 favorisierte Kohl auch zunächst den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, immer noch aus Sorge um Berlin, aber vielleicht auch, weil Weizsäcker ihm zu unabhängig wurde. Als Albrecht aus Altersgründen absagte, suchte er nach einem anderen Kandidaten, und Weizsäcker musste brieflich bei Kohl und Strauß sein Interesse bekunden, bis er schließlich offizieller Kandidat der CDU wurde, die in der Bundesversammlung über eine absolute Mehrheit verfügte. Am 23. Mai 1984 wurde Richard von Weizsäcker im ersten Wahlgang gewählt, und am 1. Juli 1984 als Bundespräsidenten vereidigt.

Bundespräsident (1984 1994)

Richard von Weizsäcker war ein anerkannter Redner, von der Form her, aber bei seinen wichtigen Reden auch vom Inhalt her. Am bekanntesten ist seine Rede vom 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation: *...dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.* Diese sozusagen offizielle Erklärung machte klar, dass die Niederlage für die Welt, für Europa und auch für Deutschland notwendig und sinnvoll war, dass die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen eine logische Entwicklung war und uns ein Leben in politischer Freiheit brachte. Von Weizsäcker war im Gefolge von Helmut Kohl in die Politik gekommen, aber ihr Verhältnis verschlechterte sich mit der größeren Unabhängigkeit als Regierender Bürgermeister von Berlin. Dass Kohl gedrängt werden musste, ihn als Kandidaten zu akzeptieren und vorzuschlagen, ist ein deutlicher Beleg für die gewachsene Distanz.

Die zweite Hälfte der Achtzigerjahre lief für Kohl nicht gut. Die Flick-Affäre mit ihren ungeklärten Schwarzgeldern verfolgte ihn, und in der CDU kamen gerade aus den Reihen der ehemaligen Kohl-Erneuerer Überlegungen zu einem Kanzlerwechsel. Richard von Weizsäcker war zwar schon von Amt wegen kein direkter Konkurrent, aber er erschien als der Überlegene, der Mann über dem kleinlichen Parteiengezänk, der Souverän, und er wurde in der Öffentlichkeit als positiver Gegenentwurf zu Helmut Kohl wahrgenommen. So wurde er 1989 ohne Gegenkandidaten für eine zweite Amtszeit bestätigt. Das war auch gegen Kohl gerichtet. Der Mauerfall im November 1989 änderte natürlich alles.

Das turbulente Jahr vom November 1989 bis zum Oktober 1990 führte am Ende dazu, dass von Weizsäcker Präsident der neuen vereinigten Bundesrepublik war. An den Verhandlungen war er direkt nicht beteiligt, aber er verfolgte sie genau, häufig in Berlin, obwohl sein erster Dienstsitz immer noch die Villa Hammer-schmidt in Bonn war. Nachdem der Bundestag festgelegt hatte, dass Berlin als Hauptstadt Sitz



des Parlamentes und der Regierung werden sollte, machte der Bundespräsident 1994 das Schloss Bellevue zu seinem ersten Dienstsitz. 1992 veröffentlichte er in der Zeit einen grundsätzlichen Artikel, in dem er das Vordringen des Parteienstaats diagnostizierte und bedauerte. Dafür wurde er angegriffen, erhielt aber auch viel Zuspruch. Von Weizsäcker war in langen Jahren als Laie in verschiedenen Ämtern der Evangelischen Kirche aktiv gewesen, in der Synode, als Präsident des Evangelischen Kirchentages. Als Bundespräsident übernahm er Schirmherrschaften und Ehrenämter, aber vor allem im kulturell-schöngeistigen Bereich, etwa in der Marion-Dönhoff-Stiftung oder im Club of Rome, im Kuratorium des Hannah-Arendt-Zentrums, in der Limbach-Kommission zur Rückgabe von NS-beschlagnahmten Kulturgut, aber auch beim Förderverein zum Wiederaufbau des Brandenburger Doms. 1983 wurde er von einem ehemaligen Gewichtheber mit der Faust ins Gesicht geschlagen, der damit auf Böhringer-Ingelheim und die Verwicklung in die Dioxinproduktion und Agent Orange aufmerksam machen wollte.

Marianne von Weizsäcker, die Ehefrau und First Lady, hielt sich mit öffentlichen Auftritten sehr zurück. Sie übernahm die Schirmherrschaft über das Müttergenesungswerk und war Ehrenmitglied bei UNICEF, doch ihr zentrales persönliches Anliegen war die Hilfe für drogenkranke Jugendliche, in Berlin in den Achtzigerjahren ein großes Problem (die Kinder vom Bahnhof Zoo). Sie war ab 1985 Schirmherrin des Bundesverbandes der Elternkreise drogengefährdeter und -abhängiger Jugendlicher und gründete 1989 die Marianne-von-Weizsäcker-Stiftung Integrationshilfe für ehemals Suchtkranke, für die sie sich immer noch einsetzt.

Richard von Weizsäcker war sicher der herausragendste Bundespräsident, ein natürlicher Aristokrat, mit dem richtigen Verhältnis von Engagement und Zurückhaltung. Natürlich ist er auch ein Kind seiner Zeit, seiner eigenen Verstrickung und der seiner Familie in den Nationalsozialismus hat er sich immer eher entzogen als gestellt. Aber sein Engagement in der evangelischen Kirche und in der Politik war beeindruckend, und natürlich war es auch Glück, dass in seine Amtszeit die deutsche Vereinigung fiel. Nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit blieb er seinen Interessen im kulturell-schöngeistigen Bereich treu. Er starb am 31. Januar 2015 in Berlin, in der Stadt, die zu seinem Schicksal wurde. Seine Frau Marianne lebt dort immer noch.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Roman Herzog
Kultus- und Innenminister in Baden-Württemberg 1978 - 1983
Richter und Präsident am Bundesverfassungsgericht 1983 - 1994
Bundespräsident 1994 – 1999**

Roman Herzog (1934 – 2017)

Roman Herzog wurde 1934 als Sohn einer Akademikerfamilie in Landshut/Niederbayern geboren, machte dort 1953 Abitur und studierte Rechtswissenschaft in München: 1957 Erstes Staatsexamen, 1958 Promotion, 1961 Zweites Staatsexamen, bis 1964 Assistent bei Theodor Maunz (dem bekannten Staatsrechtslehrer in der staatsautoritären Schule von Carl Schmitt und Ernst Forsthoff) 1964 Habilitation (*Die Wesensmerkmale der Staatsorganisation in rechtlicher und entwicklungsgeschichtlicher Sicht*), 1965 Ordentlicher Professor für Staatsrecht an der Freien Universität Berlin. 1969 Konflikt mit der Studentenschaft, Wechsel an die Staatliche Hochschule für Verwaltungswissenschaft nach Speyer.

1970 trat Roman Herzog in die CDU ein, von 1973 bis 1978 war er Staatssekretär und Bevollmächtigter der rheinland-pfälzischen Landesregierung unter Helmut Kohl und Bernhard Vogel in Bonn. 1978 wurde er von Lothar Späth als Kultusminister in die baden-württembergische Landesregierung berufen. Nach der Landtagswahl 1980 wurde er Landtagsabgeordneter und wechselte in das Innenministerium. Er verschärfte den Druck gegen Demonstranten, indem er die Polizei mit Gummigeschossen und Reizgas ausrüstete und die Beteiligten an den Einsatzkosten beteiligte. Von 1983 bis 1994 war Roman Herzog am Bundesverfassungsgericht, zunächst als Vizepräsident, seit 1987 als Präsident.

Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts zu Herzogs achtzigstem Geburtstag:

Unter seinem Vorsitz fielen zahlreiche wichtige Entscheidungen. Hierzu gehören beispielsweise der "Brokdorf-Beschluss" zum Grundrecht der Versammlungsfreiheit (BVerfGE 69, 315), zum Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung (BVerfGE 79, 256), die Entscheidung zum steuerfreien Existenzminimum (BVerfGE 82, 60), ein Grundsatzurteil zur Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (BVerfGE 83, 238), ein Urteil zur "Bodenreform" in der sowjetischen Besatzungszone (BVerfGE 84, 90) und ein Beschluss zur Strafbarkeit des Leugnens der Judenverfolgung (BVerfGE 90, 241).

Bundespräsident

1994 lief die zweite Amtszeit von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident aus. Inzwischen waren die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung nicht mehr so klar. Helmut Kohls Wunschkandidat war ein ostdeutscher Politiker, der sächsische Justizminister Steffen Heitmann. Der machte sich allerdings durch seine befremdlichen Ansichten vor allem in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 18. September 1993 unbeliebt bis unmöglich, zu Frauen, zu Ausländern, zum Ende der Debatten über den Nationalsozialismus und die deutsche Schuld. Die Stimmen der FDP waren in der Bundesversammlung notwendig, aber danach völlig unsicher, und auch in der CDU gab es heftigen Gegenwind. Heitmann verzichtete deshalb am 25. November auf seine Kandidatur. Nach einer kurzen Debatte in der CDU wurde Roman Herzog als neuer Kandidat nominiert. Er sollte auch für die FDP wählbar sein, aber die stellte eine eigene Kandidatin auf, ihre Grande Dame Hildegard Hamm-Brücher. Die SPD nominierte Johannes Rau. Bei der Wahl am 23. Mai 1994 lieferten sich die drei Kandidaten in den ersten beiden Wahlgängen, bei denen die absolute Mehrheit erreicht werden musste, ein totes Rennen. Danach zog Frau Hamm-Brücher ihre Kandidatur zurück, und im dritten Wahlgang wurde Roman Herzog mit 696 Stimmen gegen 605 für Johannes Rau gewählt. Er schied Ende Juni beim Bundesverfassungsgericht aus (Nachfolgerin Jutta Limbach) und wurde am 1. Juli 1994 Bundespräsident.

Am bekanntesten wurde Herzog mit einer Rede in Berlin am 26. April 1997, der „Ruck“Rede:

Durch Deutschland muß ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen, vor allen Dingen von den geistigen, von den Schubläden und Kästchen, in die wir gleich alles legen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen:

- *die Arbeitgeber, indem sie Kosten nicht nur durch Entlassungen senken,*
- *die Arbeitnehmer, indem sie Arbeitszeit und -löhne mit der Lage ihrer Betriebe in Einklang bringen,*
- *die Gewerkschaften, indem sie betriebsnahe Tarifabschlüsse und flexiblere Arbeitsbeziehungen ermöglichen,*
- *Bundestag und Bundesrat, indem sie die großen Reformprojekte jetzt rasch voranbringen,*
- *die Interessengruppen in unserem Land, indem sie nicht zu Lasten des Gemeininteresses wirken*

Die Rede wirkt fast gespenstisch aktuell, weil die Angst, das Zerreden von Modernisierungsbestrebungen, die erstickende Bürokratie, die Besitzstandwahrung auch beim Klimaschutz heute noch zur Erstarrung führen, zur Unfähigkeit zu grundsätzlichen Reformen. Die Rede hat damals viel Eindruck gemacht, aber nicht langfristig nachgewirkt.

Roman Herzog hat 1996 den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz, zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt und 1996 die Eröffnungsrede gehalten: *Die Erinnerung darf nicht enden, sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.* Ein anderes Thema, das ihn immer wieder beschäftigte, war die Bildung. Er trat für das achtjährige Gymnasium ein, es war nicht zu verstehen, dass die anderen Länder mit 12 Jahren auskamen. Er forderte mehr Wettbewerb und mehr Leistungsdenken.

Seine Frau Christiane war von 1985 bis 1993 Vizepräsidentin des Christlichen Jugenddorfwerks und seit 1983 Schirmherrin des Fördervereins Muskoviszidose-Hilfe, ebenso für UNICEF und für das Müttergenesungswerk. Sie starb 2000, ein Jahr nach dem Ende des Bundespräsidentenmandats. Herzog heiratete 2001 Alexandra Freifrau von Berlichingen. Er war politisch weiter aktiv in Denkfabriken und Denzkirkeln. Öffentlich fiel er durch mehrere deutlichen politische Stellungnahmen auf, so mit einem Interview in der Bildzeitung über die „Rentnerdemokratie“. Die Politik nehme zu Lasten der jungen Generation und der notwendigen Reformen zu viel Rücksicht auf die Rentner, eine große und wichtige Wählergruppe. Zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge kritisierte er die Entwicklung Europas, die Regelungswut der Europäischen Kommission: *Und das wiederum ist für mich ein Indiz dafür, daß die EU-Eliten die EU längst als entstehenden oder gar als bereits sehr weitgehend entstandenen Staat empfinden. Aber das war nie so vereinbart und ist auch durch nichts demokratisch legitimiert.* Als Reaktion auf die Wahlerfolge der Linken forderte Herzog 2008 eine Erhöhung der 5%-Klausel im Wahlrecht auf 10% um eine Zersplitterung im Bundestag zu vermeiden.

Roman Herzog lebte die letzten Jahre in Berlichingen und starb am 10. Januar 2017 in Bad Mergentheim. Er wurde auf dem Friedhof in Jagsthäusern beigesetzt.

Am 24. Januar fand im Berliner Dom ein Festakt zu seinem Gedenken statt, bei dem Bundespräsident Joachim Gauck und Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle die Gedenkreden hielten.



**Die deutschen Bundespräsidenten:
Johannes Rau
Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen 1970 - 1978
Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen 1978 - 1998
Bundespräsident 1999 – 2004**

Johannes Rau (1931 – 2006)

Johannes Rau wurde 1934 in Wuppertal-Elberfeld in eine protestantisch-pietistische Familie hinein geboren, und diese Herkunft hat ihn tief geprägt. Er besuchte die Volksschule in Barmen und ab 1942 das Wilhelm-Dorpfeld- Gymnasium in Elberfeld, das 1943 völlig zerstört wurde. Nach dem Krieg machte er verschiedene Versuche in anderen Gymnasien, aber er hielt nicht durch. Auf Drängen seines Vaters beendete er 1948 die Schule ohne Abschluss und begann eine Buchhändlerlehre. Nach Abschluss seiner Lehre arbeitete er seit 1952 als Verlagsgehilfe in einem kleinen Verlag und trat 1954 als Geschäftsführer in den Jugenddienst-Verlag ein. Sein Vater starb 1953 bei einem Unfall, als sich in einem Bus der Wuppertaler Stadtwerke eine defekte Tür in einer Kurve öffnete und er hinausstürzte.

Das andere große Vorbild neben seinem Vater war Gustav Heinemann, auch ein protestantischer Christ, der aus christlicher Verantwortung öffentlich und politisch wirken wollte. Heinemann war 1950 als Innenminister zurück- und aus der CDU ausgetreten, weil er die Politik Adenauers mit Westorientierung und Wiederbewaffnung nicht mittragen wollte. Er gründete dann seine eigene Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei GVP, in der Rau (ähnlich wie Erhard Eppler) früh Mitglied und sogar Kreisvorsitzender in Wuppertal wurde. 1982 heiratete Rau Christina Delius, eine Enkelin von Heinemann. In der Bundestagswahl 1953 wurde Adenauer voll bestätigt, die GVP erlebte eine vernichtende Niederlage. Ihre Mitglieder, auch Eppler, Rau und Heinemann näherten sich der SPD an, die sich mit dem Godesberger Programm 1958 ein neues nicht marxistisches Profil zulegte. Seit 1958 war Rau Vorsitzender der Jungsozialisten in Wuppertal und gründete einen Verband der Wehrdienstverweigerer, weil er die Praxis der Gewissensprüfung durch die Kreiswehrrersatzämter empörend fand. 1958 wurde er auch erstmals in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt. 1967 wurde er Vorsitzender der SPD-Fraktion. Ab 1973 war er Mitglied in Landesvorstand der Partei, ab 1977 Vorsitzender. Seit 1982 war Johannes Rau Stellvertretender Bundesvorsitzender, nach dem Rücktritt von Björn Engholm 1993 kurzfristig amtierender Vorsitzender.

Aber seine eigentliche Karriere war in Nordrhein-Westfalen. Dort war sei 1966 Heinz Kühn der Ministerpräsident einer SPD-FDP Koalition, die sich den Strukturwandel der alten Kohle-Stahl-Industrie und die Modernisierung des Landes zur Aufgabe machte. Kühn berief Johannes Rau 1970 bei der zweiten Regierungsbildung als Minister für Wissenschaft und Forschung in seine Regierung. Rau gründete in seiner Zeit als Minister fünf neue Gesamthochschulen/Universitäten in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal, außerdem 1974 die neuartige Universität für Fernstudien in Hagen. Die seit 1960 geplante Ruhr-Universität Bochum wurde zügig weiter ausgebaut. Rau ist also der Vater der heutigen rheinland-westfälischen Universitätslandschaft. 1978 wurde Rau als Nachfolger von Heinz Kühn Ministerpräsident und erreichte in drei Wahlen 1980, 1985 und 1990 die absolute Mehrheit für die SPD. 1995 verlor die SPD mit 46% die absolute Mehrheit, und Rau bildete eine der ersten rot-grünen Koalitionen, mit Michael Vesper und Bärbel Höhn. Rau war von 1978 bis 1998 Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Seine Gegner verspotteten ihn als „Bruder Johannes“ wegen seines oft salbungsvoll-predigerischen Redestils, aber als Wahlkämpfer kam er damit an, mit „Wir in Nordrhein-Westfalen“ oder „Versöhnen statt Spalten“. Seine Kritiker halten ihm vor, dass er die Abkehr vom Kohlebergbau nicht intensiv genug betrieben habe und dass das Land so zurückgefallen sei. Seine Verteidiger sagen, dass er so das Land vor großen sozialen Verwerfungen bewahren wollte. Insgesamt wurde das Land unter Kühn und Rau zu einer Hochburg der Sozialdemokratie, und die Westdeutsche Landesbank wurde zu einer Art Nebenfinanzregierung zur Finanzierung umstrittener Projekte.

Vor der Bundestagswahl 1987 war die Bundes-SPD in einem kläglichen Zustand mit wechselnden Vorsitzenden, aber ohne klare Führungspersönlichkeit. Rau als Sieger der Landtagswahl 1985 wurde deshalb Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl. Aber der Ruf der SPD war angeschlagen, Rau kam bundesweit nicht so gut an wie in Nordrhein-Westfalen und die SPD verlor gegenüber der letzten Wahl 1,2% und kam nur auf 37%. Damit endete seine bundespolitische Karriere. Seit 1989 war Wolfgang Clement Raus Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf, und der war ehrgeizig und in der Bundespartei gut vernetzt. Rau war nach 1995 amtsmüde und nicht gesund. Er litt an einem 1995 diagnostiziertem Aneurisma, wollte sich aber nicht operieren lassen. Als Schröder Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1998 war, wollte er das Erscheinungsbild der SPD insgesamt verjüngen und modernisieren und drängte deshalb Rau zum Rücktritt. Dafür versprach er, seine Wahl zum Bundespräsidenten zu unterstützen. Rau war schon 1994 Kandidat der SPD gewesen, aber in der Bundesversammlung gegen Roman Herzog unterlegen. Bundespräsident war für ihn wohl ein Abschluss, eine Krönung seiner politischen Karriere. Rau trat deshalb im Mai 1998 als Ministerpräsident zurück. Sein Nachfolger wurde Wolfgang Clement, der aber bei der Landtagswahl 2000 erhebliche Einbußen für die SPD hinnehmen musste. Nach der Bundestagswahl 2002 trat er als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit in das zweite Kabinett Schröder ein und war wesentlich an der Ausarbeitung der Hartzgesetze, der „Agenda 2010“ beteiligt, die die SPD in ihrem sozialen Gewissen später noch sehr lange beschäftigen sollte.

Bundespräsident (1999 – 2004)



Im November 1998 wurde Johannes Rau von der SPD als Kandidat nominiert. Die CDU entschied sich für die fähige 1943 geborene ostdeutsche Wissenschaftlerin Dagmar Schipanski, Professorin für Festkörperelektronik und Rektorin der TU Ilmenau, die noch 1999 zur erfolgreichen Ministerin für Wissenschaft und Forschung in Thüringen aufstieg. Die PDS nominierte die katholische Theologin Uta Ranke-Heinemann, 1970 weltweit die erste Frau auf einem Lehrstuhl für katholische Theologie, seit 1987 nach dem Entzug der Lehrerlaubnis auf einer Professorin für Religionsgeschichte. Sie war die Tochter von Gustav Heinemann und die Tante der Frau von Johannes Rau. In der Bundesversammlung am 23. Mai 1999 erhielt Rau im ersten Wahlgang 657 Stimmen, Schipanski 588 und Heinemann 69 Stimmen. Im zweiten Wahlgang erreichte Rau 690 Stimmen, 51,6% und damit die erforderliche absolute Mehrheit. Am 1. Juli 1999 wurde Rau in der letzten Bundestagssitzung vor den Parlamentsferien in seinem neuen Amt

vereidigt. Rau hatte sein Leben lang in Wuppertal gewohnt, jetzt musste er nach Berlin umziehen. Da das Schloss Bellevue wegen Bauarbeiten gesperrt war, wurde sein Dienstsitz die Dienstwohnung des Bundestagspräsidenten, die er nicht nutzte, eine Villa in Dahlem.

Johannes Rau war in seiner Zeit als Bundespräsident gesundheitlich angeschlagen. Da war das seit 1995 bekannte Aneurisma, das jederzeit und ohne Vorwarnung reißen konnte und eine ständige ärztliche Präsenz erforderte. Es wurde schließlich im Juli 2000 im Universitätsklinikum Essen erfolgreich operiert, aber das war ein schwerer Eingriff, keine Routineoperation. Im August 2004 erfolgte eine schwere Herzoperation, bei der ihm eine künstliche Herzklappe eingesetzt wurde. Seine Dienstzeit endete am 31. Juni 2005, im Oktober 2005 musste ein schwerer Bluterguss operativ aus seinem Bauchraum entfernt werden, und er starb am 27. Januar 2006 in Berlin. Trotz dieser Probleme schonte er sich nicht in seinem neuen Amt. Er griff die Tradition der „Ruck“rede seines Vorgängers Herzog auf und erweiterte sie. So hielt er jedes Jahr eine „Berliner“ Rede, die er selber ausarbeitete und in der er ein bedeutsames und aktuelles politisches Thema aufgriff. Im Jahr 2000 sprach er unter dem Titel „Ohne Angst und Träumereien. Gemeinsam in Deutschland leben“ über die Zuwanderung nach Deutschland, über Probleme der Eingliederung und über die Aufgaben und Pflichten der Mehrheitsgesellschaft. In seiner Rede 2001 „Wird alles gut? Für einen Fortschritt nach menschlichem Maß“ ging es um den Fortschritt, den Fortschrittsglauben und die Grenzen des Fortschritts, vor allem in der sich damals rasch entwickelnden Fort-

pflanzungsmedizin. 2003 ging es um „Chance nicht Schicksal - die Globalisierung gestalten“, um die viele Bürger erschreckende Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen, über ihre Chancen und Gefahren, über den möglichen Kontrollverlust und die Verunsicherung. „Gemeinsam handeln – Deutschlands Verantwortung in der Welt“, 2003 beschäftigte sich mit der neuen Rolle, die dem wiedervereinigten Deutschland seit 1990 zugewachsen war, den internationalen Aufgaben und politischen Einsätzen auch mit deutschen Soldaten etwa in Afghanistan, die die deutsche Politik immer mehr beschäftigten. In seiner letzten Rede 2004 „Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung“ griff er das Thema noch einmal auf und forderte in ungewöhnlich direkter Ansprache die Deutschen auf, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen, vor allem auch Politiker und Unternehmer. Mit diesen Berliner Reden erwies sich Rau als sehr politischer Präsident, der das Land und die Deutschen grundsätzlich, aber auch sehr konkret auf anstehende und drängende Veränderungen ansprach. Im Jahr 2000 war er der erste Deutsche, der bei seinem Staatsbesuch in Israel vor der Knesset eine Rede auf Deutsch hielt und dabei für das Verbrechen des Holocaust um Vergebung bat. 2002 wurde ein neues Zuwanderungsgesetz im Bundesrat angenommen, obwohl das Land Brandenburg uneinheitlich abgestimmt hatte. Rau tadelte die Parteien ungewöhnlich deutlich, aber er unterschrieb das Gesetz, damit es beim Bundesverfassungsgericht überprüft werden konnte. Das Gericht erklärte das Gesetz dann noch 2002 für nichtig.

Frau Rau übernahm von ihrer Vorgängerin verschiedene Schirmherrschaften, so über das Müttergenesungswerk und UNICEF oder das Jugendrotkreuz. Sie besuchte AIDS-Waisen in Südafrika, Heimkinder in Rumänien, ehemalige Kindersoldaten in Sierra Leone, sie war also auch hier eine deutsche Botschafterin.

Johannes Rau starb ein halbes Jahr nach dem Ende seiner Amtszeit. Nach einem Staatsakt am 7. Februar 2006 wurde er im Kreis der Familie auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin beigesetzt.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Horst Köhler
Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes 1993 - 1998
Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau 1998 – 2000
Direktor des Internationalen Währungsfonds 2000 - 2003
Bundespräsident 2004 - 2010**

Horst Köhler (geb. 1943)

Horst Köhler stammt aus einer bessarabisch-deutschen Bauernfamilie. Als 1940 nach dem Hitler-Stalin-Pakt Bessarabien an Russland kam, wurde die Familie von der deutschen Regierung als freie Bauern ins polnische Generalgouvernement umgesiedelt, nach Heidenstein, dem heutigen polnischen Skierbieszów. Dort wurde Horst Köhler 1943 als siebtes von acht Kindern der Bauernfamilie geboren. 1944 floh die Familie vor der anrückenden Roten Armee. Die Familie kam nach Leipzig und versuchte dort, sich eine neue bäuerliche Existenz aufzubauen. Als die Kollektivierung drohte, floh die Familie 1953 nach Westberlin. Sie gelangte über verschiedene Lager 1957 nach Backnang und dann fest nach Ludwigsburg. Horst Köhler hatte also eine wechselnde und immer wieder unterbrochene Schulkarriere, aber weil er begabt war und gut lernte, konnte er das Ludwigsburger Mörike-Gymnasium besuchen und machte dort 1963 mit 20 Jahren Abitur. Im September 1962 war er auch Zuhörer bei der berühmten Ludwigsburger Rede von De Gaulle gewesen.

Von 1963 bis 1965 leistete Köhler seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr, verlängerte als Zeitsoldat und schied als Leutnant der Reserve aus. Danach studierte er an der „Landesuniversität“ in Tübingen Volkswirtschaft und Politische Wissenschaft und schloss 1969 als Diplom-Volkswirt ab. Danach war er sieben Jahre Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung und promovierte in der Zeit mit einer Dissertation zum Thema „Freisetzung von Arbeit durch technischen Fortschritt“. Danach begann seine Karriere in der Politik. 1976 bis 1980 war er im Bundesministerium für Wirtschaft in der Grundsatzabteilung tätig. 1981 trat er in die CDU ein und wechselte in die Staatskanzlei von Schleswig-Holstein unter Ministerpräsident Stoltenberg. Als Stoltenberg 1982 als Finanzminister in die Regierung Kohl eintrat, wurde Köhler Leiter des Ministerbüros im Bundesfinanzministerium und stieg dort zum Chef der Kreditabteilung und 1990 zum Staatssekretär auf, inzwischen unter Theo Waigl. Als Staatssekretär war er in der Zeit mit den finanziellen Fragen der Wiedervereinigung beschäftigt, auch mit den Verhandlungen um die Milliardenzahlungen an die russischen Streitkräfte zur Abfederung ihres Abzugs aus der alten DDR. Außerdem war er für Europa an den Vorbereitungen für die Maastricht-Verträge und für die Währungsunion beteiligt. 1993 schied Horst Köhler aus der Bundesregierung aus und wurde Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, 1998 übernahm er die Leitung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Als Deutschland im Jahr 2000 den Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) vorschlagen konnte und der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder für seinen Kandidaten keine Mehrheit sah, schlug er Horst Köhler für diese wichtige Stelle in der internationalen Geld- und Währungspolitik vor. Köhler war also in der deutschen Politik durchaus angesehen gewesen und war jetzt ein wichtiger Akteur für die Weltwirtschaft. Er machte mehrere Reisen nach Afrika mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Dabei kritisierte er die westliche Politik und die des IWF, zu detailverliebt, zu dirigistisch. Man müsse lernen, mehr zuzuhören und den jungen Staaten mehr Raum für eigene Gestaltung zu geben.

Bundespräsident

Vor der Bundespräsidentenwahl 2004 regierte zwar noch die rot-grüne Bundesregierung Schröder-Fischer, aber sie hatte viel Vertrauen und auch etliche Landtagswahlen verloren und hatte in der Bundesversammlung keine Mehrheit mehr. Die SPD nominierte Gesine Schwan, die Präsidentin der Viadrina-Universität Frankfurt, eine sehr interessante Persönlichkeit und endlich eine Frau. Die CDU wollte Wolfgang Schäuble, aber er war belastet durch eine Meineidsverurteilung im Zusammenhang mit der Spendenaffäre und eigentlich nicht vermittelbar. Angela Merkel entschied sich für Horst Köhler, einen hochkarätigen, jedoch in Deutschland relativ unbekanntem Kandidaten. Die CDU nominierte ihn am 4. März 2004. Köhler trat von seinem Posten beim IWF zurück. Zeitplan und Vorgehen der CDU wurden als unangemessen kritisiert. Bei der Wahl am 23. Mai 2004 erhielt Köhler 602 Stimmen, beim Nachzählen waren es dann 604. Das war gerade eine Stimme mehr als die erforderliche Mehrheit. Schwan erhielt 589 Stimmen, es gab 9 Enthaltungen. Es müssen also mindestens 9 CDU-Stimmen für Frau Schwan abgegeben worden sein. Trotzdem war Horst Köhler im ersten Wahlgang gewählt. Er trat sein neues Amt am 1. Juli 2004 an.

Horst Köhler war kein bequemer Präsident, auch nicht für die Regierung. Er akzeptierte den Antrag der Regierung Schröder auf Auflösung des Bundestages und vorzeitige Neuwahl am 18. September 2005, was vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Er verweigerte 2006 die Unterschrift unter ein Gesetz über die Privatisierung der Deutschen Flugsicherung, weil es gegen das Grundgesetz verstoße. Das Gesetz wurde daraufhin fallengelassen. Ähnlich ging es noch 2006 mit dem Verbrauchsinformationengesetz. Grundsätzlicher war es beim EU-Grundlagenvertrag von Lissabon im Dezember 2007, der erst 2009 nach verschiedenen Klarstellungen und Einschränkungen ratifiziert werden konnte.

Ein großes Thema von ihm war die Globalisierung und vor allem der Umgang mit Afrika. Wie schon beim IWF ging es um richtige Partnerschaft und weniger Bevormundung. Das betonte er bereits in seiner Antrittsrede im Juli 2004. Er gründete die „Partnerschaft für Afrika“ für einen „Dialog auf Augenhöhe“. wo Politiker, Staatschefs, Unternehmer, Wissenschaftler und Intellektuelle miteinander ins Gespräch kommen sollten. Er sprach sich auch für den Einsatz der Bundeswehr bei den freien Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo 2006 aus. Bei der Verleihung des Weilheimer Literaturpreises an Woyte Soyinka aus Nigeria, den ersten Afrikaner für einen deutschen Literaturpreis, hielt Köhler die Festrede und kritisierte, dass Europa Afrika vor allem als Krisenherd wahrnehme und noch zu sehr dem alten kolonialen Denken verhaftet sei. Afrika war auch eines der bevorzugten Reiseziele als Bundespräsident. 2010, am Vorabend seines Rücktritts, präsentierte er sein Buch „Schicksal Afrika“ mit Beiträgen verschiedener afrikanischer Autoren, von Politikern, Literaten, Wissenschaftlern und mit seinen eigenen Einsichten in die Ungerechtigkeit der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik.

In seinen politischen Reden forderte Köhler die Deutschen immer wieder zu weitgehenden Reformen auf, zur Gestaltung der Globalisierung, zu mehr Mut zur Veränderung, ganz im Sinn der Rückrede von Herzog. In seiner ersten Berliner Rede 2004, die er in der Aula einer Berliner Schule hielt, sprach er über „Bildung für alle“ wollte mehr Engagement für die Bildung, mehr Erneuerung, mehr Bildungsgerechtigkeit. In der zweiten Rede 2005 „Das Streben der Menschen nach Glück verändert die Welt“ beschäftigte er sich mit den Chancen der Globalisierung, aber auch mit den Gefahren des unkontrollierten Kapitalismus. 2008 hieß es „Arbeit, Bildung, Integration“ und es ging um die schon erreichten Reformen und wie es weitergehen müsse. 2009 bei der „Glaubwürdigkeit der Freiheit“ sprach er über die globale Finanzkrise und die Maßnahmen zu ihrer Überwindung. Am 21. März 2009 hielt der Bundespräsident die Trauerrede für die Opfer des Terroranschlags in Winnenden, forderte eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung und Fürsorge und setzte sich für die verschärfte Kontrolle von gewaltverherrlichenden Filmen und Computerspielen ein. Es fällt auf, dass von Herzog über Rau zu Köhler die Bundespräsidenten für mehr Reformen und Veränderung eingetreten sind, die Politik das aber nicht ausreichend aufgenommen hat.

2009 wurde Horst Köhler von der Bundesversammlung für eine zweite Amtszeit gewählt, wieder gegen Gesine Schwan im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit. Seit der Bundestagswahl im September 2009 war Angela Merkel Bundeskanzlerin einer CDU-FDP-Koalition, Guido Westerwelle war Außen- und Vizekanzler, die Bundeswehr war seit 2001 im Einsatz in Afghanistan, und die Stimmung hatte sich sehr geändert, der Einsatz wurde immer gefährlicher, zum echten Kampfeinsatz mit toten deutschen Soldaten. In den deutschen Debatten wurde er immer öfter in Frage gestellt. Köhler ging im Frühjahr 2010 auf deutliche Distanz zur neuen Regierung, insbesondere zur FDP. Für deren Steuersenkungspläne sah er angesichts der anstehenden Reformaufgaben keinen Spielraum, und auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz lehnte er ab. Im Mai 2010 machte er einen Truppenbesuch in Afghanistan, und nach der Rückkehr sagte er in einem Interview im Deutschlandradio:

Nein, wir brauchen einen politischen Diskurs in der Gesellschaft, wie es kommt, dass Respekt und Anerkennung zum Teil doch zu vermissen sind, obwohl die Soldaten so eine gute Arbeit machen. [...] Wir kämpfen dort auch für unsere Sicherheit in Deutschland, wir kämpfen dort im Bündnis mit Alliierten, mit anderen Nationen auf der Basis eines Mandats der Vereinten Nationen, einer



Resolution der Vereinten Nationen. [...] Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. [...] Es wird wieder sozusagen Todesfälle geben. Nicht nur bei Soldaten, möglicherweise auch durch Unfall mal bei zivilen Aufbauhelfern. [...] Man muss auch um diesen Preis sozusagen seine am Ende Interessen wahren. Für diesen Beitrag wurde Köhler von verschiedenen Seiten und mit verschiedenen Gründen heftig angegriffen. Als seine Klarstellungen nicht akzeptiert

wurden, trat Horst Köhler am 31. Mai 2020 zurück: *Meine Äußerungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr vom 22. Mai dieses Jahres sind auf heftige Kritik gestoßen. Ich bedaure, dass meine Äußerungen in einer für unsere Nation wichtigen und schwierigen Frage zu Missverständnissen führen konnten. Die Kritik geht aber so weit, mir zu unterstellen, ich befürwortete Einsätze der Bundeswehr, die vom Grundgesetz nicht gedeckt wären. Diese Kritik entbehrt jeder Rechtfertigung. Sie lässt den notwendigen Respekt für mein Amt vermissen. Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten.* Köhler blieb in Berlin, er war politisch zurückhaltend, aber in seinem Bereich weiter aktiv. Seine Frau Eva Luise Köhler aus Ludwigsburg hatte die Aufgaben und Schirmherrschaften ihrer Vorgängerinnen übernommen, dazu die Christoffel-Blindenmission, nachdem ihre eigene Tochter blind geworden war und trotzdem Schule, Abitur und Studium geschafft hatte. 2006 gründete das Ehepaar Köhler eine Stiftung zur Erforschung seltener Erkrankungen. Afrika blieb immer ein Hauptthema Köhlers. Bundespräsident Gauck bat ihn deshalb mehrmals, ihn auf Staatsbesuchen in Afrika zu vertreten, nach Mali und nach Namibia, jeweils zur Amtseinführung eines neuen Präsidenten.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Christian Wulff
Ministerpräsident von Niedersachsen 2003 - 2010
Bundespräsident 2010 - 2012**

Christian Wulff (geb. 1959)

Christian Wulff wurde 1959 in einer bürgerlichen Familie in Osnabrück geboren. Die Eltern trennten sich, als er zwei Jahre vor. Er wuchs in Osnabrück bei seiner Mutter und ihrem neuen Lebensgefährten auf. Mit 16 kümmerte er sich um die Pflege seiner am MS erkrankten Mutter und um seine Halbgeschwister. Er machte Abitur am Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium und studierte Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück und schloss 1987 mit dem ersten Staatsexamen ab, 1990 mit dem Referendarexamen. Er arbeitete dann als Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät.

Seine politische Karriere begann 1975 mit dem Eintritt in die CDU und die Schüler-Union, deren Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender Christian Wulff wurde. Von 1979 bis 1983 gehörte er dem Bundesvorstand der Jungen Union an. In der Zeit schlossen sich Jungpolitiker der CDU, die sich als Nachwuchs-Reserve verstanden, zum informellen Andenkpakt zusammen. Neben Christian Wulff gehörten unter anderem Volker Bouffier, Roland Koch, Günther Oettinger dazu. Seit 1984 war Wulff im Landesvorstand der CDU Niedersachsen, seit 1994 Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Osnabrück. Schon im Juni 1994 wurde er Fraktionsvorsitzender und damit Oppositionsführer gegen Ministerpräsident Schröder. 1994 und 1998 verlor er als Spitzenkandidat gegen Schröder. Als Schröder 1998 Bundeskanzler wurde und sein Nachfolger Glogowski zurücktreten musste, bemühte sich sein Nachfolger Sigmar Gabriel. Gegen ihn gewann Christian Wulff die Landtagswahl 2003 mit 48,3% und wurde Ministerpräsident mit einer CDU-FDP-Koalition. Bei der Landtagswahl 2008 verlor die CDU Stimmen, aber die Koalition konnte weiter regieren.



Christian Wulff heiratete 1988 seine Mitstudentin Christiane Vogt. Das Paar hat eine gemeinsame Tochter und trennte sich 2006/2008. 2008 heiratete Wulff die deutlich jüngere PR-Beraterin Bettina König, die einen Sohn in die Ehe einbrachte. Ein eigener Sohn wurde 2008 geboren. Das Paar wurde 2008 geschieden, heiratete 2015 ein zweites und 2023 ein drittes Mal.

Bundespräsident

Am 31. Mai 2010 war Horst Köhler zurückgetreten, am 3. Juni nominierte die CDU den niedersächsischen Ministerpräsidenten als ihren Kandidaten. Das ging wohl vor allem auf Angela Merkel zurück. Wulff hatte bei ihrem Aufstieg zur CDU-Spitze immer zu ihr gehalten. Außerdem versuchte sie immer, die Anden-Pakt-Mitglieder sozusagen auf ein Seitengeleis zu schieben, so Günther Oettinger als Kommissar nach Brüssel oder Roland Koch, der sich bei seinem Ausflug in die Privatwirtschaft gründlich blamierte. So hielt sie die Konkurrenz unter Kontrolle. Am 30. Juni tagte die Bundesversammlung, in der die CDU/CSU zusammen mit der FDP eine klare Mehrheit hatte. SPD und Grüne hatten gemeinsam den ehemaligen Bürgerrechtler Joachim Gauck nominiert. In den beiden ersten Wahlgängen erreichte Wulff überraschenderweise nicht die erforderliche Mehrheit. Vermutlich war ein Teil der CDU mit dem Kandidaten und mit dem Verfahren nicht einig. Im dritten Wahlgang erhielt Wulff 625 Stimmen. Gauck 494. Wulff trat sofort vom Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten zurück, sein Nachfolger wurde David McAllister. Da das Amt des Bundespräsidenten vakant war, trat er es sofort nach der Wahl an.

Zum zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 hielt Christian Wulff eine viel beachtete Rede. Vorausgegangen war die Veröffentlichung des Buchs „Deutschland schafft sich ab“, in dem Thilo Sarrazin den Untergang Deutschlands durch die Zuwanderung vor allem von Muslimen beschwor und vorhersagte. Wulff sagte deutlich: *Zuallererst brauchen wir aber eine klare Haltung. Ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist. Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.* Diese Feststellung wurde vor allem von der türkischen Community begrüßt und gefeiert, aber sie gefiel nicht allen. Auf dem Evangelischen Kirchentag im Juni 2011 bekräftigte Wulff, dass er sie gemacht habe, um die Muslime aus der „gesellschaftlichen Ecke“ zu holen. 2011 kritisierte er auch die Maßnahmen in Deutschland und in der EU während der Eurokrise, den Aufkauf von Anleihen durch die EZB, die Planung von EURO-Bonds, die Lockerung der Schuldenrestriktionen. Gleichzeitig sah er einen Abbau der Demokratie dadurch, dass immer mehr wichtige Vorhaben in kleinen Zirkeln ausgehandelt wurden (etwa die Rettungsschirme) und von den eigentlich zuständigen Parlamenten nicht mehr diskutiert, sondern nur noch abgenickt wurden. Wulff war also kein bequemer Präsident, er kritisierte die Politik, aber auch die Gesellschaft, er sagte, was viele dachten, aber er sagte auch Unbequemes, und seine Feststellung zum Islam ging vielen zu weit. Das neue Parteiprogramm der CDU spricht wieder klar von christlicher Leitkultur (obwohl beide Kirchen zusammen nur noch weniger als 40% der Bevölkerung vertreten).

„Wulff-Affäre“

Die Affäre begann eigentlich schon 2006, als Wulff sich von seiner Ehefrau trennte und ein Verhältnis mit Bettina König anging, die er 2008 heiratete. Seit 2006 gab es in der niedersächsischen CDU Gerüchte über das Vorleben von Bettina König, die grundlos waren, aber Christian Wulff schaden sollten. Als er zum Bundespräsidenten gewählt wurde, tauchten diese Rotlichtmilieu-Vorwürfe immer wieder auf, Frau Wulff wehrte sich gerichtlich mit Unterlassungsklagen, aber das Getuschel blieb. Ende 2011 begann eine vor allem von der Bildzeitung geführte intensive Kampagne gegen Wulff mit fast täglichen neuen Vorwürfen über Mauseheleien und eidliche Falschaussagen als niedersächsischer Ministerpräsident, über Vorteilsnahmen, vergünstigte Kredite für einen Hauskauf, von anderen bezahlten Ferienreisen, mit der deutlichen Absicht, ihn als unzuverlässig und käuflich darzustellen. Wulffs Verteidigung war ungeschickt, zuerst abstreiten, beim Nachhaken immer mehr zuzugeben, zu „wulffen“. Tatsächlich waren es Kleinigkeiten, die staatsanwaltlichen Ermittlungen haben nur in einem Fall zur Anklage geführt (von denen Herbert Prantl von der Süddeutschen sagte, sie seien ein Muster für Unverhältnismäßigkeit). Wulff wurde letztendlich freigesprochen. Aber in dieser medialen Häufung über Wochen hinweg entstand mehr und mehr der Eindruck eines Skandals, einer problematischen und als Präsident unwürdigen Persönlichkeit. Noch im November 2011 hatte Wulff hohe Zustimmungswerte gehabt, aber Ende

Januar 2012 waren 54% für seinen schnellen Rücktritt. Am 17. Februar 2012 trat Christian Wulff vom Amt zurück, nach dem Rücktritt Köhlers aus eigenem Antrieb erstmals ein Rücktritt nach einer beispiellosen Medienkampagne, die Skandalisierung eines Politikers.

Das Ehepaar Wulff war das jüngste Präsidentenpaar, es gab nun kleine Kinder im Schloss Bellevue und einen etwas anderen Lebensstil. Bettina Wulff übernahm die Schirmherrschaften ihrer Vorgängerin, Dazu war sie schon seit 2008 Schirmherrin der Stiftung „Eine Chance für Kinder“, die Schwangerschaft, Geburt und nachgeburtliche Betreuung durch „Familienhebammen“ sichern und so die Kleinen vor Misshandlung und Vernachlässigung schützen will. Wulff wurde am 8. März mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet. Bundeskanzlerin Merkel nahm daran teil, die früheren Bundespräsidenten und der Präsident des BVG sagen ab. Die Familie zog nach Großburgwedel. Nach dem Rücktritt gab es in Berlin eine Diskussion darüber, ob ihm der Ehrensold des Bundespräsidenten zustehe, sein Nachfolger entschied dann schließlich, dass ja.

Christian Wulff lebte nach seinem Rücktritt eher zurückgezogen, aber er blieb unter Beobachtung der Presse insbesondere wegen des Verhältnisses zu seiner zweiten Ehefrau, von der er sich trennte, sie aber insgesamt dreimal heiratete. Er vertrat Deutschland bei verschiedenen Anlässen im Ausland, so bei der Beisetzung des jordanischen Königs Abdullah 2015, des thailändischen Königs Bhumibol 2017, bei der Amtseinführung des ukrainischen Präsidenten Selenskyi 2017 oder 2023 bei der erneuten Amtseinführung des türkischen Präsidenten Erdogan. Christian Wulff ist oder war Schirmherr verschiedener caritativer Einrichtungen, so der Welthungerhilfe oder der von seiner Frau mit aufgebauten Stiftung „Eine Chance für Kinder“ (im Internetauftritt der Stiftung ist er nicht mehr erwähnt, Bettina Wulff nur ganz am Rand). Ganz gelegentlich nimmt Wulff in Zeitungsartikeln oder Interviews Stellung zu aktuellen politischen Themen.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Joachim Gauck
Mitglied des Neuen Forums 1989
Mitglied der freigewählten Volkskammer 1989 – 1990
Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen
„Gauck-Behörde“ 1990 - 2000
Bundespräsident 2012 - 2019**

Joachim Gauck (geb. 1940)

Joachim Gaucks Lebenslauf bis 1989 ist eine typische DDR-Biographie. Geboren wurde er 1940 in eine Mittelstandsfamilie. Der Vater war Kapitän der Handelsmarine und im Krieg Spezialist für Minenräumung. Die Mutter arbeitete als Bürovorsteherin in einer Anwaltskanzlei. Die Familie hatte vier Kinder. Im Krieg lebten sie vor allem bei der väterlichen Großmutter in Wüstrow an der Ostsee. Ende 1945 zog die Familie zu den Eltern der Mutter nach Rostock. Der Vater kam im Sommer 1946 aus britischer Kriegsgefangenschaft und arbeitete als Arbeitsinspektor in der Neptun-Werft. 1951 verschwand er spurlos und wurde von einem sowjetischen Militärgericht wegen Spionage zu zweimal 25 Jahren Straflager in der Sowjetunion verurteilt. Erst 1953 gab es brieflichen Kontakt, und 1956 kam er sehr geschwächt und ein Jahr arbeitsunfähig zurück. Das hat die Familie sehr geprägt, denn die Mutter lehnte jede Annäherung an die entstehende kommunistische Ordnung strikt ab, keine (auch verlockenden FDJ-Angebote für die Kinder). Der junge Joachim nutzte den Zugang nach Westberlin zu Besuchen und Fahrradtouren auch in Westdeutschland.

Joachim besuchte in Rostock die Schule und dann die Oberschule bis zum Abitur 1958. Den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erlebte er als „elektrisierendes Erlebnis“, aber als dreizehnjähriger Zuschauer. Ein Jahr nach dem Abitur heiratete er seine Schulfreundin Gerhild Radtke. Das Paar hatte vier Kinder. Joachim Gauck hätte gern Journalismus studiert, aber die Berufsausübung wäre in der DDR zu eingeschränkt gewesen. Die Familie war evangelisch, doch nicht besonders religiös. Einen gewissen Einfluss auf Gauck hatte ein Onkel, der Domprediger Gerhard Schmitt, der das junge Paar auch getraut hatte. So entschied er sich für das Theologie-Studium, das einzige, das nicht von der Regierung reglementiert wurde. Das konnte Joachim Gauck in Rostock absolvieren, von 1958 bis 1965. Ob er Pfarrer werden wollte, wusste er zunächst nicht. Erst im Vikariat stellte er fest, dass ihm die Gemeindegarbeit lag: *In der Begegnung mit den Gemeindegliedern aber habe ich die Angst verloren, vom Zweifel verschlungen zu werden. Ich konnte geistlich wachsen und selbst etwas ausstrahlen. Ich lernte, dass Glaube eigentlich ein Dennoch-Glaube ist, ein Glaube auch gegen den Augenschein; und dass es erlaubt ist, mit dem Zweifel in den Kreis der Glaubenden einzutreten, auch mit dem Zweifel zu leben und zu predigen. Ohne diese Erfahrung hätte ich das Leben als Pastor wohl nicht ausgehalten, denn oft gelangte ich an die Grenzen meiner theologischen Möglichkeiten.* Er arbeitete als Pastor in der Landeskirche von Mecklenburg-Vorpommern, zuerst in dem kleinen Lüssow, dann in Rostock-Evershagen. Für einen Pastor war das Leben in der DDR nicht so einfach, zunächst für die Familie und die Kinder, die in der Schule unter strenger Aufsicht waren und nicht zum Studium zugelassen wurden, dann aber auch für den Pastor selbst, der immer von der Staatssicherheit überwacht wurde. Gauck war kritisch, aber nicht aktiv oppositionell. 1982 wurde er Beauftragter für die Kirchentage, Der Kirchentag 1988 „Brücken bauen“ in Rostock wollte unter dem Eindruck der Gorbatschow-Reformen die Staatsführung zu einem Dialog über Reformen und Veränderungen herausfordern. Ein Höhepunkt des Kirchentags war eine Rede von Helmut Schmidt in der Rostocker Marienkirche.

Der Umschwung 1989/1990

Im Oktober 1989 breiteten sich die Unruhen immer weiter aus, und die Kirchen waren oft Anlaufstellen und Schutzräume. Auch Joachim Gauck wurde davon berührt. Er trat in Rostock in das Neue Forum ein, eine Bürgerrechtsbewegung, die bei der Gestaltung der friedlichen Revolution eine große Bedeutung hatte. Bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 wurde er für den Bezirk Rostock als Abgeordneter für Bündnis 90 gewählt, mit dem das Neue Forum eine Listenverbindung eingegangen war. Sein Thema dort wurde die Beschäftigung mit der Arbeit der Stasi und mit ihrer Hinterlassenschaft. Die Stasi selbst wollte ihre Unterlagen möglichst schnell vernichten, dafür waren aber auch viele in der alten DDR und im Westen. Gauck setzte sich für die Erhaltung und Sicherung der Akten in einem eigenen Archiv ein. Am 21. Juni 1990 wurde er zum Vorsitzenden einer entsprechenden Kommission und in der letzten Sitzung der Volkskammer zum *Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR* gewählt und am 3. Oktober 1990, dem Tag der Einheit, von Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident von Weizsäcker in diesem Amt bestätigt. Wegen des sperrigen Titels setzte sich bald der inoffizielle Name „Gauck-Behörde“ durch. Die Akten mussten gesammelt, geordnet, katalogisiert und öffentlich zugänglich gemacht werden. Gauck hatte dafür auch ausgesuchte ehemalige Mitarbeiter der Stasi beschäftigt, die er für vertrauenswürdig hielt. Ab Januar 1992 konnten Betroffene Einsicht in ihre Akten beantragen. In den ersten hundert Tagen wurden 430 000 Anträge gestellt, dazu über 130 000 Anträge zur Überprüfung von Personen im öffentlichen Dienst. Gaucks Einschätzung, welches großes Interesse an einer Aufarbeitung der STASI-Geschichte bestand, war also richtig gewesen. Gaucks Rolle wurde dennoch von manchen kritisch gesehen. Der ehemalige Innenminister Diestel hielt ihn für einen „Begünstigten des DDR-Regimes“, der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe ließ ihm gerichtlich untersagen, ihn als inoffiziellen Informanten der Stasi zu bezeichnen, andere wollten ihm die Bezeichnung „Bürgerrechtler“ aberkennen, er sei in der Opposition nicht aufgefallen. Auch für die Beschäftigung ehemaliger STASI-Leute wurde er angegriffen. Trotzdem wurde sein Mandat am 21. September 1995 um eine zweite Amtszeit von 5 Jahren verlängert. 1991 trennte sich Joachim Gauck von seiner Frau Gerhild, die Ehe wurde aber nicht geschieden. Gerhild Gauck lebt weiterhin in Rostock. Gaucks Lebensgefährtin war bis 1998 die ZEIT-Journalistin Helga Hirsch, seit 2000 ist es die Journalistin Daniela Schadt.

Bundespräsidentenwahl 2012

Bei der Bundespräsidentenwahl 2010 war Joachim Gauck zwar parteilos, doch schon als Kandidat von SPD und Grünen nominiert worden und hatte gegen Christian Wulff deutlich Stimmen aus dem CDU/FDP-Lager erhalten. Nach dem Rücktritt von Christian Wulff lud Kanzlerin Merkel am 17. Februar 2012 die Vertreter der Bundestagsparteien (außer der Linken) zu einer Konsultation ein. SPD und Grüne schlugen noch einmal Joachim Gauck vor, und am 18. Februar stimmten auch FDP und CDU zu. Am 18. März 2012 wählte die Bundesversammlung in einem Wahlgang Gauck mit 991 Stimmen. Beate Klarsfeld als Gegenkandidatin der Linken erhielt 126 Stimmen. Seine Amtszeit begann am 18. März, nachdem er die Wahl angenommen hatte. Mit seiner Lebensgefährtin Daniela Schadt bezog er Schloss Bellevue in Berlin als Dienstsitz und Dienstwohnung. Sie übernahm auch die traditionellen Schirmherrschaften der Frauen der Bundespräsidenten, dazu 2013 die Schirmherrschaft der Special Olympics Deutschland für Menschen mit geistiger Behinderung.

Joachim Gauck war ein ungewöhnlicher Präsident. Nicht nur war er parteilos und keiner mit einer politischen Karriere, und er wurde parteiübergreifend gewählt. Er brachte auch ohne Probleme seine ungewöhnliche und gewöhnungsbedürftige Familienstruktur mit. Neben einer ostdeutschen Kanzlerin gab es nun einen ostdeutschen Präsidenten, in einem Land, wo die vorherrschenden Eliten in der Regel westdeutsch waren. Gaucks großes Thema war die Freiheit, er sah sich als „Liebhaber der Freiheit“, die friedliche Umwandlung des östlichen Europas in parlamentarische Demokratien war für ihn das große politische Ereignis, und er wollte diese Demokratie schützen und bewahren und den Bürgern als lebenswertes Modell bewusst machen. Das Walter-Eucken-Institut in Freiburg, benannt nach dem großen liberalen Theoretiker, feierte seinen sechzigsten Geburtstag, und Gauck hielt dort am 16. Januar 2014 die Festrede und würdigte den Beitrag des Liberalismus für die Freiheit. Dafür wurde er von der Linken als Vertreter des ungezügelten Neo-



liberalismus, der den Sozialstaat abschaffen wollte, scharf angegriffen. Am 16. März 2014 besetzte Russland die ukrainische Krim und annektierte sie nach einer getürkten Volksabstimmung. Am 27. Juni eröffnete Gauck eine Ausstellung zum hundertsten Jahrestag des Attentats von Sarajewo und kritisierte das russische Vorgehen: *Der Widerstand Russlands gegen eine Annäherung der Ukraine an die Europäische Union hat uns mit Denk- und Verhaltensmustern konfrontiert, die wir auf unserem Kontinent für längst überwunden hielten. Was wir heute erleben, ist altes Denken in Macht- und Einflussphären – bis hin zur Destabilisierung fremder Staaten und zur Annexion fremder Territorien.* Diese klare Aussage stand gegen die deutsche Politik, die noch ganz auf die enge Zusammenarbeit mit Russland ausgerichtet war und es bei verbalen Protesten beließ. Am 1. September 2014 bei einer Rede zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sagte er, dass Russland die Ost-West-Partnerschaft nach dem Ende des Kalten Krieges mit ihrem Vorgehen gegen die Ukraine aufgekündigt habe. Gauck sah also die Zeitenwende viel früher und klarer als die Bundes-

politiker. Im April 2015 bezeichnete Gauck die Verfolgung der Armenier durch die Türkei als Völkermord. Die türkische Regierung kritisierte, dass er kein Recht habe, die Türkei für ein Verbrechen zu kritisieren, „das sie nicht begangen habe“. Nun ist der Völkermord an den Armeniern an sich unstrittig, nur die Türkei wehrt sich gegen die offizielle Feststellung, und die Bundesrepublik hat sich lange geweigert, den Genozid als solchen zu bezeichnen, wegen der Beziehung zur Türkei ebenso wie wegen der alten Verbundenheit zur Türkei und der deutschen Verstrickung. Erst zum hundertsten Jahrestag 2016 beschloss der Bundestag eine Resolution „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“, und auch hier stimmten die Regierungsmitglieder nicht mit ab. Der Bundespräsident war auch hier der politische Vorreiter. Im Juni 2016 gab Gauck bekannt, dass er nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren werde, aus Altersgründen, vielleicht auch, weil er eigentlich keine sichere politische Basis hatte. Am 18. Januar 2017 in seiner Abschiedsrede „Wie soll es aussehen, unser Land“ mahnte er mehr „republikanische Verteidigungsbereitschaft“ der deutschen Demokratie nach innen wie nach außen an, auch hier der Politik deutlich voraus.

Joachim Gaucks Amtszeit endete am 18. März 2017. Am 17. März wurde er mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet. Als Lieder wünschte er sich *Über sieben Brücken musst Du gehen, Freiheit die ich meine und Ein feste Burg ist unser Gott.* Das ist eigentlich eine schöne Zusammenfassung. Seit dem Ende seiner Präsidentenzeit lebt er zurückgezogener in Berlin.

**Die deutschen Bundespräsidenten:
Frank-Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramts unter Schröder 1999 - 2005
Bundesaußenminister 2005 – 2009
Oppositionsführer 2009 - 2013
Bundesaußenminister 2013 - 2017
Bundespräsident seit 2017 (2. Amtszeit bis 2027)**

Frank-Walter Steinmeier (geb. 1956)

Frank-Walter Steinmeier kommt aus einem ländlich-kleinbürgerlichen Milieu in Nordrhein-Westfalen. 1956 in Detmold (vermutlich im Krankenhaus) geboren, wuchs er in Brakelsiek im Kreis Lippe auf, wo seine väterlichen Vorfahren Kleinlandwirte und Saisonarbeiter waren. Er besuchte dort die Schule und machte 1974 am Gymnasium in Blomberg Abitur und war dann zwei Jahre beim Wehrdienst bei der Luftwaffe in Goslar. 1976 begann er mit dem Studium der Rechtswissenschaft und der Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Steinmeier schloss das Studium 1982 mit dem ersten juristischen Staatsexamen und 1986 mit dem Referendarexamen ab. Anschließend war er bis 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Gießen. In dieser Zeit arbeitete er an seiner Dissertation „Tradition und Perspektiven staatlicher Intervention zur Verhinderung und Beseitigung von Obdachlosigkeit“. 1991 wurde er promoviert und verließ die Universität. Bis dahin war das ein unauffälliger ziemlich regional gebundener Lebensweg Lippe – Goslar – Gießen.

Frank-Walter Steinmeier trat in Giessen der Juso-Hochschulgruppe bei und übernahm auch Funktionen, so als Finanzreferat des ASTA. Er bewarb sich um ein Stipendium bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und kam so in näheren Kontakt mit der SPD. Er war auch Mitherausgeber der linken Quartalszeitschrift „Demokratie und Recht“ im linksverdächtigen Pahl-Rugenstein-Verlag. In dem Zusammenhang kam er vielleicht in Kontakt mit Gerhard Schröder, der von 1990 bis 1998 niedersächsischer Ministerpräsident war. Der stellte ihn 1991 als Referent für Medienrecht und Medienpolitik in seiner Staatskanzlei an. Von da an stieg er bis 2005 unter und mit Schröder immer weiter auf, 1993 zum Leiter des persönlichen Büros des Ministerpräsidenten, 1996 zum Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei. 1995 heiratete er die Juristin und Verwaltungsrichterin Elke Büdenbender (die ihren Namen beibehielt). 1998 gewann Schröder zuerst die Landtagswahl und danach die Bundestagswahl und ging nach Bonn, und Steinmeier folgte ihm und wurde im November 1998 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Nach dem Rücktritt des Kanzleramtsministers Bodo Hombach wurde Steinmeier Chef des Bundeskanzleramtes, blieb aber Staatssekretär. Er war damit der erste Mitarbeiter und ein enger Vertrauter des Bundeskanzlers Schröder und damit auch an allen Erfolgen und Fehlern von dessen Politik beteiligt. Er hatte eigentlich keine klassische SPD-Karriere, sein Aufstieg war eng mit Schröder verknüpft. Dazu gehörte die Faszination russisches Gas, eine billige und großzügige Energiequelle, die zur Preisstabilität beitrug und die deutsche Exportwirtschaft beflügelte, aber unter anderem die Amerikaner warnten schon damals davor, dass Deutschland ökonomisch wie politisch in eine immer stärkere Abhängigkeit geraten würde. Das Zusammengehen mit dem französischen Präsidenten Chirac in der Ablehnung des Irakkrieges gehörte auch dazu, ebenso die Vorbereitung und das Durchziehen der Agenda 2010, heute deutlich ein Zugeständnis an die Wirtschaft, eine starke Ausdehnung des Minijobbereichs, und das ohne Mindestlohn, ein Verarmen der Kleinverdiener, die bald nicht mehr von ihren Einkommen leben konnten. Eine wenig rühmliche Rolle spielte Steinmeier bei dem Bemühen um den Deutschen Murat Kurnaz, einen Türkischstämmigen, den die Amerikaner willkürlich wegen Terrorverdacht verhafteten und ohne Beweise und ohne Verfahren in Guantamano festhielten. Erst 2006 wurde er freigelassen.

Mit der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 und dem Ende der Regierung Schröder brach diese Karriere ab. Die Wahlsiegerin Merkel hätte gern eine Regierung mit der FDP gebildet, aber das Wahlergebnis ließ eigentlich nur eine Große Koalition zu, die auch vom SPD-Vorsitzenden Müntefering angestrebt wurde. Steinmeier als regierungserfahrene Persönlichkeit wurde von der SPD als Außenminister vorgeschlagen, nach dem Rücktritt Münteferings wurde er 2007 auch Vizekanzler. Er arbeitete gut mit Merkel zusammen, die den außenpolitischen Kurs vorgab, aber er behielt seine Eigenständigkeit. Eine deutliche Differenz war die Russlandfreundlichkeit Steinmeiers, Merkel war da vorsichtiger und reservierter. Steinmeier sprach von einer „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland und verteidigte Russland, wenn es um die Modernisierung der NATO ging. Bei der Bundestagswahl 2009 war Steinmeier Kanzlerkandidat der SPD und erhielt nur 23%. Auch die CDU verlor Stimmen, eigentliche Wahlgewinnerin war die FDP mit 14,6%, und so kam es zu einer CDU-FDP-Koalition Merkel – Westerwelle. Steinmeier wurde Fraktionsvorsitzender und damit Oppositionsführer. Er war kein aufregender Oppositionsführer. Das Ansehen der Regierung wurde mehr durch die Kapriolen der FDP geschädigt. Im Sommer 2010 nahm er einige Wochen Auszeit, weil er seiner Frau eine Niere spendete. Bei der nächsten Bundestagswahl 2013 war Siegmund Gabriel SPD-Vorsitzender, Peer Steinbrück, der Finanzminister der ersten Großen Koalition, war Kanzlerkandidat. Die SPD schnitt wieder schlecht ab, aber die großen Verlierer waren die Liberalen, die nicht mehr in den Bundestag kamen. Rechnerisch kam nur eine neue Große Koalition infrage, doch die SPD wollte nicht und die Verhandlungen zogen sich bis Ende Dezember hin. Am 17. Dezember wurde das neue Kabinett präsentiert, Gabriel war Wirtschaftsminister und Vizekanzler und Steinmeier erneut Außenminister. 2014 besetzte Russland die Krim, aber Steinmeier war gegen scharfe Gegenreaktionen und für Weiterführung des Dialogs und der Kooperation. Der Bild am Sonntag sagte er: *Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anheizen. [...] Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt. Wir sind gut beraten, keine Vorwände für eine neue, alte Konfrontation frei Haus zu liefern.* Steinmeier war auch vehement gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, die inzwischen in Luhansk um ihre territoriale Einheit kämpfte.

Bundespräsident 2017

Anfang 2017 stand die Wahl eines neuen Bundespräsidenten an. Merkel stand inzwischen mit ihrer Partei eher auf Kriegsfuß, aber demontieren wollte man sie noch nicht. Doch ein Vorschlag war nicht einfach, ein klarer Kandidat zeichnete sich nicht ab. Als der SPD-Vorsitzende Siegmund Gabriel Steinmeier als gemeinsamen Kandidaten der Großen Koalition vorschlug, stimmte Merkel zu und warb in der CDU für den Kandidaten. Steinmeier trat am 17. Januar 2017 als Außenminister zurück, sein Nachfolger wurde der Vizekanzler Gabriel. Am 12. Februar wurde Steinmeier von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt, mit 931 von 1239 bei 21 ungültigen Stimmen gegen 5 Zählkandidaten. Seine Amtszeit begann am 19. März 2017, vereidigt wurde er in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 22. März. Er bezog mit seiner Frau das Schloss Bellevue in Berlin. Sie verzichtete auf die Ausübung ihres Richteramtes und übernahm die Schirmherrschaft über UNICEF, dazu über die Initiative Klischeefrei, einem Bündnis zur Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees, und 2023 wurde sie Mitglied im Kuratorium der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe. 2022 kündigte sie an, dass sie im Fall einer zweiten Amtszeit in Teilzeit als Richterin arbeiten würde. Steinmeier gab im März 2021 bekannt, dass er für eine zweite Amtszeit kandidieren wolle, die dritte Große Koalition beriet und stimmte einem zweiten Mandat zu, und am 13. Februar 2022 wurde er von der Bundesversammlung mit 1045 von 1452 Stimmen für ein zweites Mandat bis 2027 gewählt.

Steinmeier hielt noch als Präsident an seiner Russlandpolitik fest, während Merkel und der französische Präsidenten Hollande zunehmend verzweifelt versuchten, Putin von einer weiteren Aggression abzuhalten, etwa durch die Minsker Abkommen I und II (2014 und 2015), die von Russland unterschrieben, aber einfach übergangen wurden. Merkel suchte immer wieder das Gespräch mit Putin, später auch gemeinsam mit Macron. Bei einem Staatsbesuch in Israel sprach Präsident Steinmeier

als erster deutscher Präsident am 23. Januar 2020 beim World Holocaust Forum in Yad Vashem, aus Rücksicht auf die Holocaust-Überlebenden auf Englisch. Er bekannte sich zur deutschen Schuld, er versprach gegen den Antisemitismus zu kämpfen: „Wir schützen jüdisches Leben. Wir stehen an der Seite Israels“ Er musste allerdings zugeben, dass es in Deutschland wieder antisemitische Vorfälle gebe.. In Deutschland wurde er danach angegriffen, weil er das Deutsche als Sprache des Nationalsozialismus bezeichnet hatte.



Zu Anfang 2022 begann Russland mit dem ausgedehnten Zusammenziehen von Truppen und Kriegsgerät rund um die Ukraine, nur als Manöver, aber in der Nacht zum 24. Februar marschierten die russischen Truppen in der Ukraine ein und versuchten, möglichst schnell Kiew einzunehmen. Steinmeier appellierte in einer Rede nach seiner Wiederwahl am 13. Februar an Putin, „die Schlinge um den Hals der Ukraine zu lösen“, und später gab er mehrmals zu, dass seine Politik des „Wandels durch Handel“ und einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsstruktur an der Realität Putin gescheitert sei. In der Ukraine vergaß man sein zu langes Festhalten an Russland nicht. Als Steinmeier am 12. April nach einem Besuch in Polen zusammen mit dem polnischen Präsidenten Duda und den baltischen Präsidenten nach Kiew reisen wollte, um „ein starkes Zeichen der europäischen Solidarität mit der Ukraine zu senden und zu setzen“, wurde er von der ukrainischen Regierung kühl als nicht willkommen eingeladen. An seiner Stelle wurde Bundeskanzler Scholz eingeladen, der mit seiner „Zeitenwende“ am 27. Februar sehr deutlich das Scheitern der deutschen Russlandpolitik und das Umdenken nach dem Angriff auf die Ukraine formuliert hatte. Das war für einen Bundespräsidenten eine peinliche Demütigung.

Heute ist Steinmeier sehr präsent, gefühlt fast jeden Tag mit einem Auftritt und einer Rede. Aber es gibt immer mehr Angriffe, dass er seine Rolle falsch versteht, dass er lieber weniger und dafür Grundsätzliches und Wegweisendes sagen sollte. Der Präsident sei kein „Grüß‘ August“, sondern eher das Gewissen der Nation.